

Justice Review

Eine Zusammenfassung von
IJM Studien zu Arbeitsausbeutung



IJM

ANWALT
DER FREIHEIT



Besonders arme Menschen sind von Arbeitssklaverei betroffen. In einfachen, provisorischen Behausungen leben die Arbeiter häufig zusammen mit ihrer gesamten Familie.

Inhalt



Vorwort	04
Transformation von Rechtssystemen	06
IJM Präsenz weltweit	08
Studien	
01 Arbeitsausbeutung in der thailändischen Fischereiindustrie	10
Studie 1: Nicht im selben Boot 11	
Studie 2: Geisterschiffe in der Lieferkette für Meeresfrüchte 14	
Studie 3: Eine Untersuchung der Leistungsfähigkeit des thailändischen Strafrechtssystems 16	
02 Kinderhandel und Zwangsarbeit in Ghana	20
03 Schuldknechtschaft in Tamil Nadu, Indien	30
04 Arbeitssklaverei in Kambodscha	36
Globale Lieferketten	46

Impressum

Herausgeber: International Justice Mission e. V.
Christburger Str. 13 | 10405 Berlin
info@ijm-deutschland.de | www.ijm-deutschland.de
Verantwortlich: Dietmar Roller
Redaktion: Olga Martens, Tina Nischwitz, Michaela Blume, Judith Stein
Design: Ann-Kristin Kühl **Druck:** Laserline Berlin
Bildnachweis: Alle Bildrechte liegen bei IJM Deutschland e. V.
Hinweis: Grundsätzlich ist eine Zweitverwertung des hier abgedruckten Materials möglich; wir erbitten jedoch eine vorherige Anfrage unter info@ijm-deutschland.de
© 2019 IJM Deutschland e. V.

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich, dass Sie heute unseren neuen Justice Review in den Händen halten. Mit dieser Zusammenstellung von Studien aus verschiedenen Ländern möchten wir transparent und messbar darstellen, welches Ausmaß moderne Sklaverei und Menschenhandel speziell im Bereich Zwangsarbeit annimmt und was dagegen getan werden muss. Die Analysen geben uns einen tiefen Einblick in die Mechanismen von Geschäftsmodellen, die auf der Ausbeutung von Kindern, Frauen und Männern beruhen. Meines Wissens nach gibt es keine vergleichbaren Studien und Erfahrungen zu diesem wichtigen Thema wie sie Ihnen hier vorliegen.

Mein Dank gilt deshalb allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Projektbüros sowie externen Agenturen, die an den Studien beteiligt waren und mit großer Sorgfalt die Fakten und Daten so zusammengestellt haben, dass sie verständlich und nutzbar sind für verschiedene nationale und internationale Akteure.

Die Ergebnisse der Studien können uns in Deutschland nicht „kalt lassen“, denn wir haben nicht nur einen großen Anteil am globalen Welthandel, sondern profitieren indirekt auch von den Geschäftsmodellen der Sklaverei. Viele unserer importierten Güter gelten als gefährdet, weil sie aus Regionen stammen, in denen viel Sklaverei beobachtet wird. Das kann zum Beispiel den Fisch aus dem Golf von Thailand betreffen oder den Kakao und die Schokolade aus Ghana, die wir essen. In unseren Mobilgeräten stecken Coltan, Kobalt und Gold, die aus Konfliktregionen stammen. Und unsere Kleidung kommt zu einem großen Teil aus Südasien, wo viele Textilien unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt werden.

Sklaverei findet sich besonders in der „letzten Meile“ der Lieferketten von Deutschland bis in die Vorproduktion. In den ersten Schritten von Produktionsketten wie zum Beispiel im Bergbau schufteten häufig Kinder. Auch in der

Anwerbung von Arbeitern wird durch das dubiose System der Schuldknechtschaft eine sklavereiähnliche Struktur aufgebaut. Ebenso werden Mädchen in den ländlichen Regionen durch falsche Versprechungen in die Fabriken der Großstädte gelockt. Dort arbeiten sie für einen Mindestlohn, von dem sie das meiste Geld für die Vermittlung des Jobs und den Transport zur Fabrik an die Anwerber abgeben müssen. Es ist ein doppeltes Leiden, weil die Arbeitsbedingungen viel härter sind als versprochen und weil sich durch die Schulden bei den Anwerbern eine Abhängigkeit aufbaut, aus dem es häufig kein Entkommen gibt.

Was wir brauchen, um moderne Sklaverei in den Lieferketten zu bekämpfen, ist ein neues Paradigma der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Viele Gespräche auf allen Ebenen haben mir gezeigt, dass ein Stimmungswandel stattfindet. Jetzt ist es wichtig, dass Politiker, Hersteller und Verbraucher gemeinsame Ziele formulieren und sie in ihrem Bereich umsetzen. So ist eine nachhaltige Veränderung möglich!

Wir von International Justice Mission (IJM) wollen mit den Studien nicht nur die Realität aufzeigen, sondern auch darstellen, wie Sklaverei und Menschenhandel am besten bekämpft werden können, nämlich in den bestehenden Rechtssystemen selber und im globalen Zusammenspiel aller Beteiligten.

Herzliche Grüße



Dietmar Roller

Dietmar Roller
Vorstandsvorsitzender
IJM Deutschland e. V.



Transformation von Rechtssystemen

Die Angst vor Gewalt gehört auf der ganzen Erde zum Alltag der Armen. In Entwicklungs- und Schwellenländern bezeichnen arme Menschen Gewalt sogar als ihre „größte Angst“ oder ihr „Hauptproblem“.¹ Tatsächlich sind es vor allem die Ärmsten der Gesellschaft, die in Situationen von Menschenhandel und Zwangsarbeit ausgebeutet werden. Sie sind Opfer einer modernen Form der Sklaverei, in der sie zur Arbeit gezwungen und unterbezahlt oder unbezahlt sind. Sie leiden unter Gewaltmissbrauch und fehlender Sicherheit und haben nicht die Freiheit, ihren Arbeitsplatz zu verlassen oder zu kündigen.

Laut dem gemeinsamen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Walk Free Foundation von 2017 leben 40,3 Millionen Menschen weltweit in Sklaverei. 24,9 Millionen von ihnen werden in Zwangsarbeit ausgebeutet.²

Ausgangssituation: Zu wenig Verurteilungen für Arbeitssklaverei

Obwohl Zwangsarbeit überall auf der Welt gesetzlich verboten ist, ändern diese Umstände häufig nichts an der Realität der betroffenen Erwachsenen und Kinder. Wenn Strafverfolgungsbeamte schlecht ausgestattet und ausgebildet oder korrupt sind, werden oder können sie Menschenhändler und Sklavenhalter nicht verhaften oder belangen, sodass es zu angemessenen Urteilen kommen könnte.

Im jährlichen Menschenhandelsbericht des US-Außenministeriums heißt es 2017: „Die effektive Umsetzung von Gesetzen zu Menschenhandel bleibt herausfordernd. Sogar die effektivsten Regierungen kämpfen mit einer umfassenden Reaktion auf Menschenhandel. Verurteilungen bleiben weltweit unter der 10.000er-Marke während Schätzungen von Millionen Menschen in Sklaverei ausgehen.“³

Die überwiegende Mehrheit dieser Verurteilungen wurde in Fällen von Sexhandel gesprochen. Die Zahl der Verurteilungen für Arbeitssklaverei belief sich auf lediglich einige Hunderte.

Lösung: Enge Zusammenarbeit mit lokalen Regierungsbehörden

IJM arbeitet in allen Projekten eng mit den lokalen Regierungsbehörden zusammen. In Indien kooperieren wir mit lokalen Partnern und den Behörden in Tamil Nadu und Delhi, um Arbeiter aus Schuldknechtschaft zu befreien, staatliche Hilfen für die Betroffenen zu sichern und sie sicher in ihre Heimat zurückzuführen.⁴ In Ghana arbeitet IJM mit der lokalen Polizei zusammen, um Kindersklaven von Fischerbooten auf dem Voltastausee zu befreien und unterstützt die Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung von Sklavenbesitzern und -händlern.

In Thailand arbeitet IJM in einer neuen Partnerschaft mit der thailändischen Regierung zur Befreiung von Opfern von Arbeitsausbeutung in der Fischereiindustrie. In Kambodscha unterstützt IJM die lokalen Behörden bei der Identifikation und Befreiung von Opfern aus Arbeitssklaverei sowohl innerhalb des Landes als auch in grenzüberschreitenden Fällen.

In jedem der IJM Programme zur Bekämpfung des Menschenhandels bietet die Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden in Hunderten Einzelfällen nicht nur konkrete, praktische Unterstützung der lokalen Strafverfolgung und Hilfe für die Opfer, sondern ist auch Basis für die Identifikation von Schwachstellen und Lücken im Rechtssystem. Sobald diese Hindernisse aufgedeckt sind, führt IJM Programme zur Systemreform durch, die die Kapazitäten der lokalen Strafverfolgungsbehörden verbessern sollen.

Nachhaltige Erfolge durch verbesserte Leistung sichern

Systemreformprojekte entwickeln die praktischen, technischen und personellen Kapazitäten von Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten und unterstützenden Sozialdiensten, um bestimmte Arten von Kriminalität wie Menschenhandel effektiver zu bekämpfen. Die Verbesserung der Leistung des Rechtssystems und als Folge davon die Abschreckung des Verbrechens kommen allen Menschen zugute, die Teil der gefährdeten Gruppe sind, nicht nur den IJM Klienten.

> Zu Beginn unserer Zusammenarbeit mit den Behörden in Südindien Anfang der 2000er Jahre stellte unser Team fest, dass nur wenige Beamte die indischen Gesetze zum

Verbot der Schuldknechtschaft kannten und fast keine Erfahrung mit deren Durchsetzung hatten.

- > In Ghana schulte IJM Beamte des Sozialministeriums zu traumasensibler Betreuung von Jungen, die aus Sklaverei auf Fischerbooten befreit wurden. IJM und das Ministerium erarbeiteten ein Protokoll, mit dem das Wohlergehen der Kinder nach ihrer Wiedereingliederung in ihre Familien überwacht werden kann.
- > Von IJM entwickelte Schulungsmodule zu Menschenhandel wurden als formeller Bestandteil in die Ausbildung der kambodschanischen Nationalen Polizeiakademie integriert. Alle neuen Polizeirekruten erhalten nun eine fachkundige Anleitung zur Bekämpfung von Arbeits- und sexueller Ausbeutung.

Die erfolgreiche Reform eines „defekten“ Rechtssystems bedeutet, dass das Wissen, die Einstellungen, das Verhalten und die Kapazitäten der Akteure und Institutionen des Rechtssystems stark verändert werden müssen. Aber der Wert von Verhaltensänderungen ist begrenzt, wenn diese nicht nachhaltig sind. Zu jedem Programm gehört daher die Aufklärung und Mobilisierung der lokalen Zivilgesellschaft. Die Öffentlichkeit ist ein wichtiges Instrument, um Verbesserungen und den politischen Willen aufrechtzuerhalten.

Messbare Ergebnisse als Grundlage jeder Programmphase

IJM arbeitet in der Konzeption, Verwaltung und Bewertung seiner Programme zur Transformation von Rechtssystemen evidenzbasiert. Neue Programme werden auf Grundlage von Ausgangsstudien zum Ausmaß eines bestimmten Gewaltverbrechens sowie der Leistungsfähigkeit des Rechtssystems zu dieser Form der Gewalt konzipiert.

In enger Absprache mit der jeweiligen Regierung werden Umfang und Schwerpunkt des Programmes vereinbart, Ergebnisse, Meilensteine und Ziele festgelegt und Daten zur Fortschrittsüberprüfung gesammelt und analysiert. Bei Bedarf wird das Programm angepasst. IJM bewertet die Wirkungen des Programms anhand von Abschlussstudien, die nochmals die Verbrechensrate sowie die Leistungsfähigkeit des Rechtssystems untersuchen.



Zehntausende Beamte konnte IJM bereits in Indien schulen, Fälle von Menschenhandel zu erkennen und aufzuklären.

¹ — 1P. Amis and C. Rakodi. (1995). Urban Poverty: Concepts, Characteristics and Policies. Habitat International, 19.4, 403-405.
² — Global Estimates of Modern Slavery. (https://www.alliance87.org/wp-content/uploads/2018/07/global_estimates_of_modern_slavery-forced_labour_and_forced_marriage.pdf)
³ — U.S. Department of State Trafficking in Persons Report. (<https://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/2017/>)
⁴ — Schuldknechtschaft ist eine Form der Sklaverei, bei der Erwachsene und Kinder unter weitgehend unbezahlten Rahmenbedingungen eine Schuld abzahlen. Obwohl diese Praxis in Indien gesetzlich verboten ist, werden 14 Millionen Menschen in Indien auf diese Weise Opfer. Viele von ihnen gehören zur niedrigsten Kaste oder anderen Volksgruppen.

IJM Präsenz weltweit

IJM — Anwalt der Freiheit

IJM Deutschland ist der deutsche Zweig der internationalen Menschenrechtsorganisation International Justice Mission (IJM), die sich in elf Partnerländern in Asien, Afrika und Lateinamerika für die Rechte der Opfer von Menschenrechtsverletzungen einsetzt. Ermittler, Anwälte und Sozialarbeiter von IJM befreien Opfer, überführen Täter, helfen den Betroffenen und nehmen Einfluss auf die jeweiligen Justizsysteme in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen und lokalen Behörden. IJM leistet Rechtshilfe, um in Armut lebende Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern vor Gewalt und Unterdrückung zu schützen.

Wo wir arbeiten

Hauptsitz

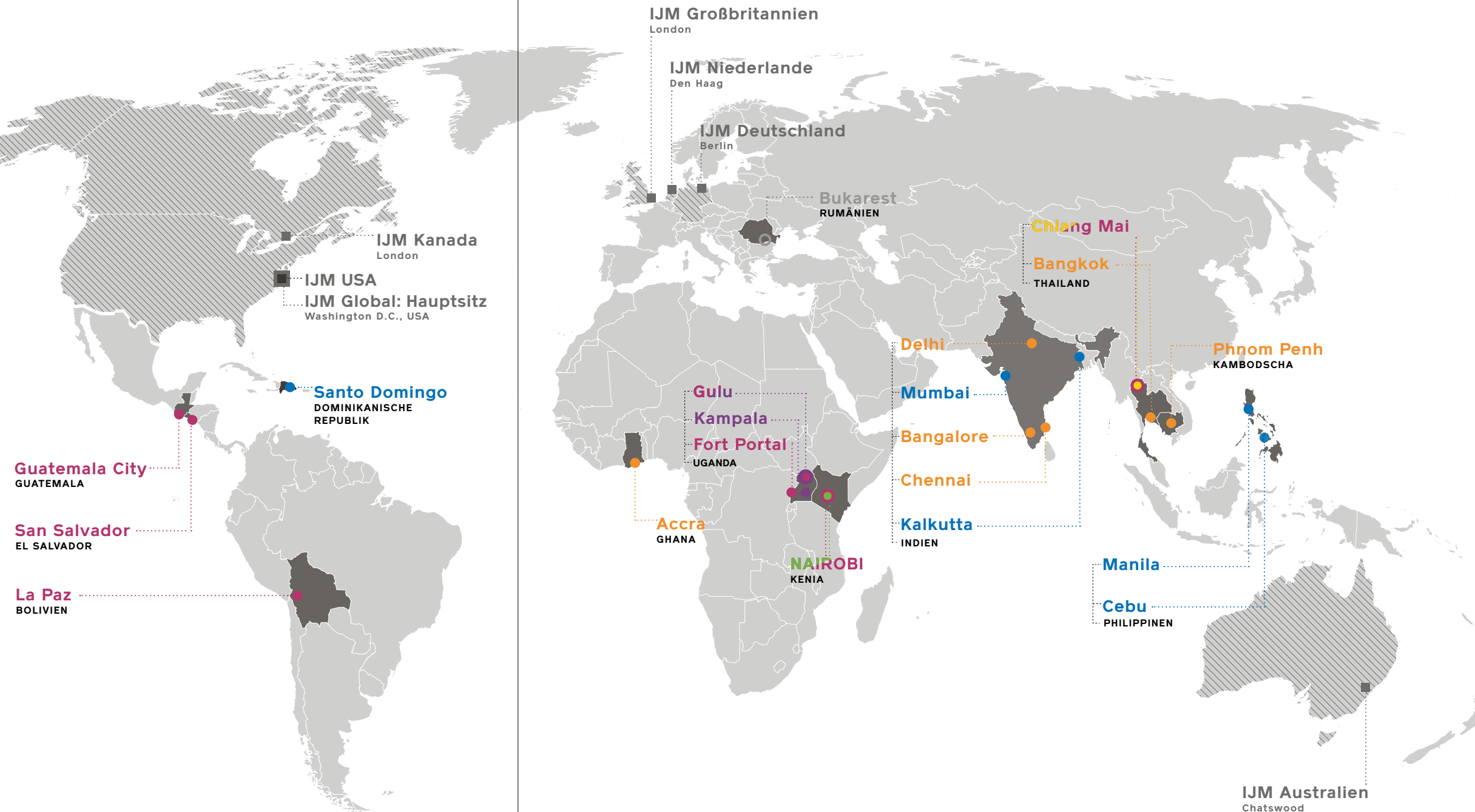
Der Hauptsitz von IJM Global befindet sich in Washington, D.C., USA.

Partnerbüros

Sechs Partnerbüros in Deutschland, Großbritannien, den USA, Australien, den Niederlanden und Kanada unterstützen die Projektarbeit von IJM in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Arbeit der Partnerbüros besteht in der finanziellen und personellen Unterstützung der Projektbüros. Es bestehen Verträge zwischen verschiedenen Projektbüros und den einzelnen Partnerbüros. Darüber hinaus leisten Partnerbüros in ihren Ländern Aufklärungs- und Bildungsarbeit sowie politische anwaltschaftliche Arbeit für arme Menschen, die von Gewalt betroffen sind.

Projektbüros

In 20 Projektbüros in zwölf Ländern setzen sich Ermittler, Anwälte, Psychologen, Sozialarbeiter und Menschenrechtsaktivisten gegen konkrete Menschenrechtsverletzungen ein: Sklaverei und Menschenhandel, Sexhandel, sexuelle Gewalt, Landraub, polizeilicher Machtmissbrauch und Versagung staatsbürgerlicher Rechte. Die Arbeit basiert auf der kontinuierlichen Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden. Etwa 96 Prozent unserer Mitarbeiter stammen aus den jeweiligen Ländern, in denen IJM aktiv ist.



PROJEKTBÜROS

- Arbeitssklaverei
- Sexhandel
- Sexuelle Gewalt
- Landraub
- Polizeilicher Machtmissbrauch
- Versagung staatsbürgerlicher Rechte
- Partnerbüros
- Schwerpunkt der Projektarbeit noch offen

Das Ziel von IJM ist es, Regierungen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und anderen Entscheidungsträgern ein gezielteres Vorgehen gegen Ausbeutung in der thailändischen Fischindustrie zu ermöglichen, das zu einer nachhaltigen Verbesserung sowie zur Rechenschaftspflicht der Täter führt.

01 Arbeitsausbeutung in der thailändischen Fischereiindustrie

Prävalenz und Reaktion des Rechtssystems

Die Situation von Ausbeutung, Missbrauch und Menschenhandel in der thailändischen Fischereiindustrie erhielt in den letzten zehn Jahren immer wieder weltweite Aufmerksamkeit. Etwa 354.000 Fischer werden in der Industrie beschäftigt, die sieben Milliarden Dollar Umsatz im Jahr erwirtschaftet.¹ Die überwiegende Mehrheit von ihnen sind Wanderarbeiter aus den Nachbarländern. Sie sind nicht registriert oder haben einen unklaren Rechtsstatus. Dazu kommt, dass diese Fischer schon wegen der Art ihrer Arbeit anfällig für Menschenhandel und Missbrauch sind: Die gefährliche und harte Arbeit auf dem Schiff, die Isolation und der fehlende staatliche Schutz auf See ermöglichen diese Verbrechen.²

Nicht registrierte Wanderarbeiter, die als Fischer arbeiten, sind besonders gefährdet, da ihnen die offizielle Anerkennung durch die Regierung fehlt.³ Durch das gewachsene öffentliche Bewusstsein für den Missbrauch von Arbeitskräften in der thailändischen Fischereiindustrie stehen die thailändische Regierung sowie internationale Unternehmen, die mit thailändischen Meeresfrüchten handeln, unter erheblichem internationalen Druck, die Anstrengungen zur Bekämpfung von Ausbeutung und zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht innerhalb der thailändischen Fischereiindustrie zu verstärken.

Um dies zu erreichen, ist es jedoch wichtig, die Art und das Ausmaß des Problems sowie die Anstrengungen, die als Gegenmaßnahmen bereits unternommen wurden, zu verstehen. Eine Reihe von empirischen Studien haben das Ausmaß und die Arten der Ausbeutung von Wanderarbeitern in der thailändischen Meeresfrüchteindustrie sowie die Reaktion der thailändischen Regierung auf Zwangsarbeit in der Industrie untersucht. Dennoch bestehen weiterhin Lücken in der Forschung. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Zwangsarbeiter eine besonders schwer erreichbare Gruppe sind, da sie einen Großteil ihrer Zeit auf See verbringen.

Lediglich eine Studie hat versucht, die Prävalenz von Zwangsarbeit unter Fischern auf thailändischen Booten zu ermitteln. Die Autoren merken jedoch an, dass die Ergebnisse ihrer Studie das Ausmaß des Problems aufgrund einer Reihe methodischer Einschränkungen weit unterschätzen.⁴

Keine Studie hat darüber hinaus speziell die Leistungsfähigkeit des thailändischen Rechtssystems zu Zwangsarbeit in der Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie untersucht oder Verbesserungspotentiale des Systems identifiziert. Aus diesem Grund beauftragte IJM drei unabhängige Organisationen mit der Durchführung separater Studien, die diese Lücken in der Forschung schließen sollten. Die Finanzierung der Studien erfolgte durch die Walmart-Stiftung.

Das Ziel von IJM ist es, Regierungen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und anderen Entscheidungsträgern ein gezielteres Vorgehen gegen Ausbeutung in der thailändischen Fischereiindustrie zu ermöglichen, das zu einer nachhaltigen Verbesserung sowie zur Rechenschaftspflicht der Täter führt.

Die gesamte erste Studie finden Sie unter:

www.ijm-deutschland.de/s/studien

Studie 1 Nicht im selben Boot

METHODIK

Die erste von IJM beauftragte Studie zielte darauf ab, die Prävalenz von Menschenhandel und Ausbeutung unter Wanderarbeitern in der Fischerei in bestimmten Hochrisikogebieten Thailands zu ermitteln. Dazu wurden spezifische Kenndaten von Betroffenen sowie die Formen des Missbrauchs erforscht.

In Zusammenarbeit mit dem Issara-Institut konnten 2016 burmesische und kambodschanische Männer befragt werden, die innerhalb der letzten fünf Jahre (2011-2016) auf thailändischen Fischerbooten gearbeitet hatten und in Siedlungen in oder um Häfen und Piers in fünf spezifischen Provinzen Thailands (Nakhon Si Thammarat, Pattani, Ranong, Samut Sakhon und Songkhla) untergebracht waren.

Mithilfe einer vierstufigen Stichprobenauswahl wurden 260 Probanden/Fischer zufällig aus den fünf Provinzen ausgewählt. Zwölf der 260 Befragten hatten bereits

mehr als fünf Jahre (vor 2011) auf einem thailändischen Fischerboot gearbeitet. Diese Befragten wurden daher aus der Analyse der fünfjährigen Prävalenz des Menschenhandels herausgenommen, sodass eine Gesamtstichprobe von 248 Befragten übrigblieb.

Um die Erfahrungen der Fischer zu ermitteln, nutzte das Forschungsteam das Instrument des Tiefeninterviews mit geschlossenen und offenen Fragen. Alle Befragungen wurden in der Muttersprache Burmesisch oder Khmer der Fischer und zwischen März und Juli 2016 durchgeführt.

Als Grundlage für die Feststellung, ob eine befragte Person Opfer von Menschenhandel war, stützte sich das Forschungsteam auf die Definitionen von Menschenhandel des Palermo-Protokolls der Vereinten Nationen⁵ sowie Thailands Anti-Trafficking in Persons Act B.E. 2551 (2008).⁶

Demzufolge besteht Menschenhandel aus einer Handlung (Rekrutierung, Transport, Überführung, Unterbringung und/oder Entgegennahme einer Person) anhand bestimmter Mittel (Androhung oder Anwendung von Gewalt, Zwang, Täuschung oder sonstige Ausnutzung von Macht oder Verwundbarkeit) zum Zwecke der Ausbeutung (einschließlich sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit, Sklaverei oder ähnlicher Praktiken).

Ein Fall von Menschenhandel liegt nur vor, wenn alle drei Elemente gegeben sind (Handlung, Mittel, Zweck). Anhand von neun Schlüsselfragen wurde jeder Befragte in der Studie in eine der folgenden Kategorien eingeteilt: (1) kein Opfer von Menschenhandel, (2) möglicherweise Opfer von Menschenhandel (erlebte die Handlung + Mittel oder die Handlung + Zweck von Menschenhandel) oder (3) Opfer von Menschenhandel (erlebte die Handlung + Mittel + Zweck von Menschenhandel).

WICHTIGE ERGEBNISSE

Das Ausmaß des Problems

- **Handlung:** Da die Studie nur die Wanderarbeiter unter den Fischern einschloss, die innerhalb Thailands oder aus einem anderen Land nach Thailand befördert wurden, erlebte 100 % der Stichprobe das Element der Handlung von Menschenhandel.
- **Mittel:** Etwa 44 % der Befragten hatten das Mittel des Menschenhandels erlebt, einschließlich Täuschung über die Art der Arbeit (6,5 %), Freiheitsberaubung vor der Arbeitsaufnahme (3,6 %), Zwangsarbeit (31,5 %) und/oder physischen Missbrauchs bei der Arbeit (14,1 %).
- **Zweck:** Etwa 81 % der Fischer, die in den letzten fünf Jahren auf einem thailändischen Boot gearbeitet hatten, erlebten den Zweck des Menschenhandels, einschließlich der Tatsache, dass sie nie für ihre Arbeit bezahlt wurden (9,3 %), dass sie deutlich weniger bezahlt wurden als vereinbart (46 %), dass übertriebene und ungerechte Abzüge vom Lohn einbehalten wurden (46 %) und/oder dass sie 14 oder mehr Arbeitsstunden pro Tag arbeiten mussten (73,4 %).

- **Prävalenz:** Durch die Kombination der oben genannten Elemente des Menschenhandels ergab die Studie, dass 37,91 % der befragten Fischer in den letzten fünf Jahren Opfer von Menschenhandel wurden. Weitere 49,2 % der Befragten waren mutmaßliche Opfer von Menschenhandel, die entweder unter Zwang standen (Mittel des Menschenhandels) oder Ausbeutung erlebt hatten (Zweck des Menschenhandels). Nur 12,9 % der Befragten gaben an, dass sie faire Arbeitsbedingungen auf See und keine ausbeuterische Anwerbung erlebten.

Kenndaten der gehandelten und ausgebeuteten Fischer

- **Schiffstyp:** Wanderarbeiter, die als Fischer auf einzelnen Trawlern arbeiteten, wurden eher gehandelt als Fischer auf Ringwadenfängern.⁷ Dies kann daran liegen, dass Trawler in der Regel für längere Zeiträume weiter vom Ufer entfernt fischen als Ringwadenfänger und daher weniger Kontakt zu den Behörden besteht. Ringwadenfänger beschäftigen auch eine wesentlich größere Besatzung, deren Kontrolle und Ausbeutung für einen Kapitän schwieriger ist als eine kleinere Trawler-Mannschaft.

Die Art der Ausbeutung⁸

- **Schuldknechtschaft:** Der Prozess der Arbeitssuche, der in der Regel den Einsatz eines Vermittlers erfordert, stürzt Wanderarbeiter häufig in Schulden und verursacht eine Schuldknechtschaft, in der Arbeiter psychologisch versklavt werden. In dieser Studie hatten 76,2 %

der Befragten vor Arbeitsbeginn Schulden angesammelt (gegenüber einem Arbeitgeber, Vermittler und/oder Netzleiter). Zudem wussten 53,1 % der Befragten nicht, wie viele Schulden sie angesammelt hatten oder für was diese ihnen angerechnet wurden.

- **Eingeschränkte Bewegungsfreiheit:** Die Arbeitgeber nutzten eine Reihe von Methoden zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit ihrer Fischer an Land. Es war gängige Praxis, dass Arbeitgeber die „rosa Karte“ der Arbeitnehmer, die Registrierungsdokumente für Wanderarbeiter, einbehielten. Obwohl 78,9 % der Befragten bei der thailändischen Regierung registriert waren, hatten nur 11,2 % Zugang zu ihren Registrierungsunterlagen. Ohne Zugriff auf diese Dokumente laufen Wanderarbeiter Gefahr, verhaftet zu werden, wann immer sie an Land sind. Außerdem macht es dies für sie schwierig, ihren Job zu kündigen und eine neue Beschäftigung zu suchen. In Sichon, einem Hafengebiet in Nakhon Si Thammarat, berichteten Arbeiter, dass Vermittler auf die Fischer

Der Prozess der Arbeitssuche, der in der Regel den Einsatz eines Vermittlers erfordert, stürzt Wanderarbeiter häufig in Schulden und verursacht eine Schuldknechtschaft, in der Arbeiter psychologisch versklavt werden.

warten würden, wenn sie an Land kommen und sie sofort in ihre Zimmer sperrten, sodass sie nicht weglaufen konnten. In Pattani berichteten Arbeiter, dass Vermittler und Polizei zusammenarbeiteten, um die Fischer im Blick zu behalten und ihre Bewegungsfreiheit einzuschränken, indem sie ihnen hohe Geldstrafen auferlegten, sobald sie sich zu weit vom Ufer entfernten. Darüber hinaus schreibt das thailändische Gesetz vor, dass Wanderarbeiter eine schriftliche Erlaubnis von ihrem Arbeitgeber benötigen, bevor sie einen Job kündigen und einen anderen suchen können. Über 30 % der Befragten gaben an, dass sie ihren Job nicht kündigen konnten, weil sie diesen Brief von ihrem Arbeitgeber nicht erhielten.

- **Exzessive Arbeitszeiten:** Trotz der Verabschiedung der Ministerialverordnung betreffend Arbeitsschutz für die Seefischerei BE 2557 (2014), durch die eine gesetzliche Mindestruhezeit von zehn Stunden am Tag und 77 Stunden pro Woche für Besatzungen von Fischerbooten geschaffen wurde, berichteten mehr als 90 % der Befragten, dass sie sieben Tage in der Woche arbeiten mussten. Fast 75 % berichteten, dass sie zu 16 oder mehr Stunden Arbeit pro Tag gezwungen wurden.
- **Niedrige Löhne:** Die Befragten berichteten von einem durchschnittlichen Monatslohn von 5.957 Thai Baht (THB) (circa 157 Euro) pro Monat, verglichen mit dem gesetzlichen Mindestlohn in Thailand von 9.000 THB (circa 237 Euro) pro Monat. Knapp die Hälfte (45 %) der Befragten erhielten niedrigere Löhne als vereinbart und 9,6 % der Befragten wurden nie bezahlt. Zusätzlich zogen die Arbeitgeber durchschnittlich 13.192 THB (circa 347 Euro) pro Monat für verschiedene Ausgaben ab. 39,2 % der Befragten berichteten von unklaren, unfairen oder überzogenen Abzügen von ihrem Gehalt. Die Fischer auf Paartrawlern erhielten tendenziell niedrigere Löhne und ihnen wurde im Vergleich zu den Fischern auf Ringwadenfängern oder Einzeltrawlern viel häufiger die Lohnzahlung vorenthalten.
- **Physischer und psychischer Missbrauch:** Die Studie stellte fest, dass körperlicher und psychischer Missbrauch in der gesamten Industrie weit verbreitet sind. Etwa 18 % aller Befragten wurden physisch misshandelt und 35,8 % der Befragten hatten ein gewalttätiges Arbeitsumfeld, in welchem sie physischen Missbrauch erlebten und/oder miterlebten. Darüber hinaus hatten 6,2 % der Befragten den Mord an einem Besatzungsmitglied durch einen Vorgesetzten miterlebt und weitere 14,2 % der Befragten hatten von solchen Fällen an Bord ihrer Boote gehört. Auch wenn man diese Gewalt nicht persönlich erlebt, kann das Mitansetzen oder Hören von solchen Fällen von Vorgesetzten gezielt dafür eingesetzt werden, Arbeiter einzuschüchtern und zu kontrollieren.
- Die Missbrauchserfahrungen der Befragten unterschieden sich je nach Bootstyp sehr. Nur 13,5 % der Fischer auf Ringwadenfängern gaben an, misshandelt worden zu sein, verglichen mit 16,9 % der Fischer auf Einzeltrawlern und 29,4 % der Fischer auf Paartrawlern.



Studie 2

Geisterschiffe in der Lieferkette für Meeresfrüchte

METHODIK

Das Ziel der zweiten Studie war eine vorläufige Erfassung des thailändischen Hafensystems. Anhand großer öffentlich zugänglicher Datensätze sollte für jede Region eine Wahrscheinlichkeit erhoben werden, dort Opfer von Menschenhandel zu finden. Die Untersuchung basiert auf der Annahme, dass das Ökosystem der kommerziellen Fischerei aus vielen komplexen, aber erkennbaren Zusammenhängen ein dynamisches Gleichgewicht bildet. In Regionen, in denen dieses Beziehungsgeflecht kein Gleichgewicht mehr bildet, existiert wahrscheinlich ein nicht identifizierter äußerer Faktor, der Einfluss nimmt. Dies können zum Beispiel „Geisterschiffe“ sein – nicht registrierte Fischerboote, die außerhalb des Gesetzes operieren und Berichten zufolge häufig in Menschenhandel und illegale, unkontrollierte und nicht registrierte Fischerei verwickelt sind.

IJM beauftragte Novametrics, anhand Big Data und der Weak Signals Analysis jedes thailändische Hafensystem nach Regionen auf seine Anfälligkeit für Menschenhandel zu bewerten. Das Forschungsteam untersuchte die Beziehungen zwischen Hunderten von Hafenmerkmalen wie Fisanlandungen, Hafenkapazität und Exporte, um festzustellen, welche Variablen miteinander korrelierten und eine indirekte Beziehung widerzuspiegeln schienen. Etwa ein Dutzend solcher Schlüsselbeziehungen wurden identifiziert.

Beispielsweise existiert eine annähernd lineare Beziehung zwischen den Tonnen von Beifang, die in einem Hafen angelandet werden, und den daraus produzierten Tonnen von Fischmehl. Nun geht man davon aus, dass „saubere“ Hafensysteme (die frei von Menschenhandel und illegaler Fischerei sind) voraussehbare Werte für den Beifang und die Fischmehlproduktion haben. Hafensysteme, deren Werte über den erwarteten Werten liegen, würden daher als verdächtig gelten.⁹

Das Forschungsteam verglich auf diese Weise die Differenz zwischen den tatsächlichen und den erwarteten Werten für jede dieser Beziehungen und summierte dann die absoluten Werte jeder der Differenzen für jede Region, um einen Rohwert der potenziellen Anfälligkeit für Menschenhandel für jede dieser Regionen zu berechnen.

Ein höherer Rohwert deutet auf eine größere Abweichung von den erwarteten Werten und eine entsprechend höhere Wahrscheinlichkeit hin, dass im Hafensystem Menschenhandel zu finden ist.

In Kombination mit Schätzungen der jeweils beschäftigten Fischer sowie nicht registrierten Wanderarbeiter konnte anhand dieses Rohwertes schließlich für jede Region eine Schätzung der Anzahl und Prävalenz von nicht registrierten Wanderarbeitern, die für Menschenhandel anfällig waren, berechnet werden.

Die hier generierten Daten wurden auch verwendet, um Merkmale von Hafensystemen zu identifizieren, die mit Menschenhandel in Verbindung gebracht werden können.

WICHTIGE ERGEBNISSE

Bewertung der Hafensysteme auf Anfälligkeit für Menschenhandel

- Die fünf Regionen mit den höchsten Rohwerten zu potentieller Anfälligkeit für Menschenhandel waren Songkhla (8,40), Samut Sakhon (7,50), Narathiwat (7,10), Trang (6,59) und Pattani (6,06). Aufgrund der in den Datensätzen aufgefundenen Anomalien ist es sehr wahrscheinlich, dass in diesen Gebieten gehandelte Fischer eingesetzt werden.
- Die fünf Regionen mit den tiefsten Rohwerten zur Anfälligkeit für Menschenhandel waren Surat Thani (2,92), Chonburi (2,94), Phetchaburi (3,24), Chanthaburi (3,30) und Samut Songkhram (3,67). In diesen Regionen ist es am wenigsten wahrscheinlich, dass hier Menschenhandel betrieben wird.
- In vier der fünf Regionen mit den höchsten Gesamtwerten (Songkhla, Samut Sakhon, Trang und Pattani) wurden in der Vergangenheit Berichte über Menschenhandel bekannt. Sie tragen zur Validierung der Ergebnisse dieser Studie bei.

Geschätzte Zahl und Prävalenz von nicht registrierten Wanderarbeitern in der Fischerei

- Die Prävalenz von nicht registrierten Wanderarbeitern in der Fischerei, die wahrscheinlich anfällig für Menschenhandel sind, wurde mit dem Rohwert zur Anfälligkeit für Menschenhandel in direktem Zusammenhang betrachtet. So hatten die fünf Regionen mit den höchsten Rohwerten auch die fünf höchsten Prävalenzwerte von nicht registrierten Wanderarbeitern. Zu diesen fünf Regionen gehörten Songkhla, Samut Sakhon, Narathiwat, Trang und Pattani.
- Die fünf Regionen mit der höchsten absoluten Zahl nicht registrierter Wanderarbeiter, die wahrscheinlich anfällig für Menschenhandel sind, waren Samut Sakhon, Pattani, Songkhla, Phuket und Trang. Die absolute Zahl der nicht registrierten Wanderfischer wird zu einem großen Teil durch die Größe der jeweiligen Fischereindustrie bestimmt. Bei der Frage, in welcher Region ein

Programm gegen Menschenhandel ansetzen sollte, weist die Studie auf eben diese Regionen mit der höchsten absoluten Zahl an nicht registrierten Wanderarbeitern hin, da sich in diesen Regionen mit hoher Wahrscheinlichkeit die meisten Personen in Not befinden.

Hafenmerkmale, die auf Menschenhandel hinweisen

Es konnten fünf Eigenschaften von Häfen identifiziert werden, die auf die Existenz von Menschenhandel hinweisen, sofern diese zusammen auftreten. Zu diesen Merkmalen gehören folgende:

- Hohes Volumen an Beifang und eine hohe Anzahl an Geräten zur Verarbeitung von Fischmehl. Da Beifang weniger rentabel ist als andere Arten von Fängen, weist dies darauf hin, dass die Fischereindustrie hier mit geringem Gewinn arbeitet.
- Hoher Anteil großer Schiffe. Dies deutet auf eine hohe Nachfrage an Arbeitskräften und kann somit ein Nährboden für Zwangsarbeit sein.
- Hohes Fangvolumen großer Schiffe, die auf Beifang zielen. Ähnlich wie bei den ersten beiden Merkmalen weist dies auf eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hin, bei der aber nur eine geringe Rentabilität besteht.
- Verhältnismäßig hohe Produktion von Fischmehl zur Menge des angelandeten Beifangs. Dies deutet auf nicht gemeldete angelandete Fänge nicht registrierter Schiffe hin.
- Relative Bedeutung der Fischerei für das BIP der Region. Ein Mangel an alternativen Einkommensquellen in einer Region kann die Bedeutung der Fischereindustrie heben, auch wenn diese nur geringfügige Gewinne einbringt.

Diese Erkenntnisse ergänzen die Resultate der Studie zu Prävalenz von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel auf thailändischen Fischerbooten (Studie 1: Nicht im selben Boot, S. 11), die IJM gemeinsam mit dem Issara-Institut durchführte. Die Ergebnisse bestätigen die Schlussfolgerung, dass Wanderfischer vor allem auf Schleppern ausgebeutet werden – große Fischerboote, die ein hohes Volumen an Beifang erzeugen.

Die Ergebnisse bestätigen die Schlussfolgerung, dass Wanderfischer vor allem auf Schleppern ausgebeutet werden – große Fischerboote, die ein hohes Volumen an Beifang erzeugen.



Studie 3

Eine Untersuchung der Leistungsfähigkeit des thailändischen Strafrechtssystems

METHODIK

Mit der dritten Studie verfolgte IJM vier Absichten:

1. Erfassen des aktuellen Interesses, vorhandenen Wissens, der Prioritätensetzung, des politischen Willens und der vorhandenen Kapazitäten zur Leistungsfähigkeit des thailändischen Strafrechtssystems auf die Situation von Menschenhandel in der thailändischen Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie
2. Vergleich zwischen den gesetzlichen Vorgaben zur Handhabung von Fällen von Arbeitsausbeutung in der Fischereiindustrie zur realen Handhabung dieser Fälle
3. Identifikation von Stärken und Schwachstellen des thailändischen Strafrechtssystems bei der Bekämpfung von Menschenhandel in der Fischereiindustrie
4. Verständnis von Entscheidungsträgern und Vertrauen in das thailändische Strafrechtssystem bei der Bekämpfung von Menschenhandel in der Fischereiindustrie

Hierzu beauftragte IJM Meredith Dank vom Urban Institute Justice Policy Center und Christine Chan Downer mit der Durchführung einer qualitativen Studie des thailändischen Strafrechtssystems. Die Daten wurden durch halbstrukturierte Interviews und Fokusgruppen mit 72 Entscheidungsträgern gesammelt, darunter lokale, regionale und nationale thailändische Regierungsvertreter, internationale Organisationen und ausländische Regierungsvertreter, NGO-Mitarbeiter, burmesische, kambodschanische und thailändische Betroffene von Arbeitsausbeutung und andere relevante Stakeholder.

Das Forschungsteam verwendete die Methode des *Stratified Purposeful Samplings* bei Akteuren mit Wissen über das thailändische Rechtssystem aus erster Hand und eine Gelegenheitsstichprobe, um Betroffene auszuwählen. Die Fragen der Interviews und Fokusgruppen wurden an die jeweiligen Stakeholder sowie ihre Expertise angepasst.

Die meisten der halbstrukturierten Interviews wurden im Zeitraum von Oktober 2015 bis Mai 2016 durch das Forschungsteam in Thailand, Myanmar, Kambodscha und den USA persönlich durchgeführt. Durch terminliche und reisebedingte Einschränkungen wurden drei der Interviews telefonisch durchgeführt. Alle Interviews wurden transkribiert und später nach Schlüsselthemen kodiert.

WICHTIGE ERGEBNISSE

Politischer Wille

- Die Mehrheit der befragten Stakeholder war der Meinung, dass der politische Wille zur Bekämpfung von Zwangsarbeit in der Fisch- und Meeresfrüchteindustrie auf höchster Regierungsebene vorhanden sei und diese zur obersten Priorität erklärt wurde. Allerdings sei der politische Wille auf regionaler und lokaler Ebene weniger stark.
- Trotz der Demonstration des politischen Willens auf höchster Ebene waren benötigte Mittel zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsarbeit noch nicht bereitgestellt worden.
- Viele Stakeholder waren der Meinung, dass der politische Wille auf höchster Ebene vor allem aus dem Wunsch resultiert, die Exportwirtschaft für Meeresfrüchte zu schützen und ein gutes Image auf internationaler Ebene zu erhalten. Sie befürchteten, dass der politische Wille ohne anhaltenden internationalen Druck nicht zu signifikanten, nachhaltigen Fortschritten führen würde. Dazu gehörten insbesondere der Druck durch den Menschenhandelsbericht des US-Außenministeriums und die Zuweisung der „Gelben Karte“ der Europäischen Union für thailändische Meeresfrüchteimporte.¹⁰

Trotz der Demonstration des politischen Willens auf höchster Ebene waren benötigte Mittel zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsarbeit noch nicht bereitgestellt worden.

Rechtliche Rahmenbedingungen und deren Durchsetzung

Die Studie bestätigte viele Stärken des thailändischen Strafrechtssystems in seiner Leistungsfähigkeit gegenüber Zwangsarbeit, unter anderem:

- ein formalisiertes Strafrechtssystem;
- ein umfassender Rechtsrahmen, der alle Formen des Menschenhandels kriminalisiert und zahlreiche thailändische Ministerien und Behörden in die Pflicht nimmt; und
- spezialisierte Einheiten und Abteilungen für Fälle von Menschenhandel innerhalb mehrerer Behörden des Strafrechtssystems wie dem Department of Special Investigation und der Royal Thai Police, dem Büro des Generalstaatsanwalts und dem Strafgerichtshof in Bangkok

Eine Reihe von Herausforderungen hat die Erfolge dieser Bemühungen jedoch eingeschränkt, sodass substantielle Fortschritte bei der Festnahme und strafrechtlichen Verfolgung von Tätern wegen Arbeitsausbeutung in der thailändischen Fisch- und Meeresfrüchteindustrie sowie der Identifikation von Opfern und deren Unterstützung bisher ausblieben. Zu diesen Herausforderungen gehören:

- Mittäterschaft einiger Regierungsmitarbeiter, die eine effektive und transparente Reaktion des Rechtssystems untergräbt;
- mangelnde Zusammenarbeit und Koordination zwischen den lokalen Strafverfolgungsbehörden und der Staatsanwaltschaft;
- Mangel an proaktiven Ermittlungen und beachtenswerten Strafverfolgungsmaßnahmen in Fällen von Menschenhandel, was Menschenhändler in der Annahme bestätigt, dass sie für ihre Verbrechen mit keiner Strafe zu rechnen haben; und
- fehlende Ressourcen der Regierung, den von ihr geschaffenen rechtlichen, regulatorischen und bürokratischen Rahmen zur Bekämpfung von Arbeitsausbeutung umsetzen zu können.

Unterstützung der Opfer

- Stakeholder berichteten, dass Opfer von Zwangsarbeit in der Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie in der Regel von NGOs und nicht den thailändischen Behörden identifiziert werden. In erster Linie ist dies auf die fehlenden staatlichen Mittel zur Identifizierung der Opfer sowie das Misstrauen und Meiden der Wanderarbeiter gegenüber der thailändischen Regierung zurückzuführen.
- In der Praxis erhalten Opfer von Menschenhandel, die von den thailändischen Behörden identifiziert wurden, nicht immer die ihnen gesetzlich zustehenden Unterstützungsmaßnahmen. Hierzu gehören psychosoziale Beratung, Unterstützung bei der Arbeitssuche und qualifizierte Übersetzungshilfe. Vielmehr berichteten Stakeholder, dass einige Opfer während ihrer Gerichtsprozesse gegen ihren Willen lange Zeit in Schutzunterkünften festgehalten wurden.
- Die Mehrheit der befragten Betroffenen äußerte den Wunsch nach finanzieller Entschädigung und Unterstützung bei der Rückforderung ihrer Löhne. Jedoch werden zu diesem Zweck nur wenige Ressourcen von der Regierung oder NGOs zur Verfügung gestellt.



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Auf Grundlage der Ergebnisse dieser drei Studien schlägt IJM die folgenden Handlungsempfehlungen für Akteure vor, die sich mit Zwangsarbeit in der thailändischen Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie befassen:

Für Unternehmen

- Große internationale und nationale Unternehmen, die thailändische Meeresfrüchte erwerben, können ihren wirtschaftlichen Einfluss geltend machen, um die thailändische Regierung in ihren Bemühungen zu ermutigen, Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie durch die konsequente strafrechtliche Verfolgung der Menschenhändler umfassend zu bekämpfen.
- Unternehmen sollten in enger Zusammenarbeit mit ihren Lieferanten Systeme einrichten und durchsetzen, die die Lieferketten bis zum jeweiligen Fischerboot offenlegen, wo Arbeitsausbeutung letztendlich oftmals stattfindet.
- Multinationale Unternehmen können ihre Kaufkraft nutzen, um sicherzustellen, dass Zulieferer sich in vollem Umfang an Gesetze halten und ein rechtmäßiges, gesundes und sicheres Arbeitsumfeld fördern.

Für lokale Organisationen

- (z.B. NGOs, lokale Unternehmen, Fischereiverbände)
- Verbreitung praktischer Informationen, die Wanderarbeiter auch in risikoreichen Arbeitsumfeldern befähigen. Dazu zählen Berufsausbildung in den Sprachen

Große internationale und nationale Unternehmen, die thailändische Meeresfrüchte erwerben, können ihren wirtschaftlichen Einfluss geltend machen, um die thailändische Regierung in ihren Bemühungen zu ermutigen, Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie durch die konsequente strafrechtliche Verfolgung der Menschenhändler umfassend zu bekämpfen.

der Wanderarbeiter, Informationen über das Recht von Arbeitnehmern auf faire Entlohnung und Behandlung sowie das Recht, eine Arbeitsstelle zu kündigen und bei schlechter Behandlung zivil- oder strafrechtliche Maßnahmen gegen Arbeitgeber zu ergreifen.

- Einrichtung geeigneter Kommunikationskanäle (wie bspw. das Inclusive Labor Monitoring des Issara-Instituts), über die Arbeitnehmer Beschwerden äußern können, sowie angemessene Reaktion auf solche Beschwerden durch Sicherstellen von Rückerstattungen und entsprechender Unterstützung von ausgebeuteten Fischern sowie strafrechtlicher Verfolgung von Aufsichtspersonen.
- Schulung von lokalen Unternehmen und Fischereiverbänden zur effektiven Rekrutierung und Management von Fischern. Dies kann dazu beitragen, den Bedarf der Industrie an kostengünstigen Arbeitskräften nachhaltig zu decken und gleichzeitig die für Ausbeutung und Menschenhandel gefährdeten Wanderarbeiter zu schützen.
- Anerkennung und Anreize für Bootseigner und Kapitäne, die zuverlässig sichere Arbeitsumfelder schaffen, in welchen die Rechte der Arbeitnehmer respektiert werden.

Für die thailändische Regierung

Allgemeine Empfehlungen

- Signifikante Erhöhung der Ressourcen (einschließlich Personal, Ausbildung und Zeit) für die Ermittlung und Verfolgung von Menschenhändlern und Ausbeutern.
- Verstärkung der Ermittlungen und Verfolgung von Tätern, einschließlich korrupter Beamter. Die Schaffung eines spezialisierten Antikorruptionsgerichts im Oktober 2016 war ein positiver Schritt in diese Richtung. Zusätzlich sollte die Schaffung von Aufsichtsmechanismen für Beamte auf nationaler Ebene zur Überwachung von Ermittlungen und strafrechtlicher Verfolgung von Menschenhandelsdelikten auf lokaler Ebene in Betracht gezogen werden.

Empfehlungen zu Ermittlungen und Strafverfolgung

- Erhöhung der Kapazitäten und Ressourcen von nationalen Einheiten, um die Bearbeitung eines höheren Volumens an Fällen von Menschenhandel zu ermöglichen – darunter das Anti-Human Trafficking Center des Department of Special Investigation, die Anti-Trafficking in Persons Division der Royal Thai Police und die spezialisierte Staatsanwaltschaft des Generalstaatsanwalts.
- Klarstellung gegenüber lokalen Strafverfolgungsbeamten, dass die Identifizierung und Verfolgung einer großen Anzahl von Fällen von Menschenhandel in erster Linie auf ein erfolgreiches Strafrechtssystem und nicht auf eine hohe Kriminalitätsrate oder eine schlechte Prävention von Menschenhandel hinweist.
- Umsetzung der bestehenden Verordnung des Innenministeriums, Fälle von Menschenhandel innerhalb von sechs bis zwölf Monaten nach der ersten Anhörung abzuschließen.

Identifizierung von Opfern, Handhabungs- und Unterstützungsempfehlungen

- Erhöhung der Anzahl von Prüfungen und Ermittlungen zur Identifikation von Opfern von Menschenhandel und Ausbeutung, insbesondere in anfälligen Regionen. Dies sollte regelmäßige Überprüfungen der Häfen und Anlegestellen in Songkhla und Samut Sakhon umfassen, sowie Schlepper in allen von den IJM Studien als anfällig identifizierten Regionen.
- Nicht alle Opfer von Arbeitsmissbrauch sind auch Opfer von Menschenhandel. Bei der Überprüfung von Fischerbooten sollte sichergestellt werden, dass alle Richtlinien der Ministerialverordnung über den Arbeitsschutz in der Seefischerei, BE 2557 (2014) eingehalten werden und alle Opfer von Arbeitsmissbrauch von Arbeitgebern angemessen entschädigt werden.
- Erhöhung der Mittel für die Opferhilfen. Außerdem sollte sichergestellt werden, dass Opfer angemessene Unterstützung erhalten, einschließlich psychosozialer Beratung, Alternativen zu staatlichen Unterkünften, medizinischer Hilfe, Arbeitsvermittlung und Zeugenschutz.
- Qualifizierte Übersetzung sollte für die Kommunika-

tion mit den Opfern während des gesamten Prozesses eingesetzt werden, in dem ein Fall das Rechtssystem durchläuft, von der Identifikation der Opfer, über Unterstützungsangebote bis zur strafrechtlichen Verfolgung der Täter.

Empfehlungen zur Regulierung und Sensibilisierung

- Wanderarbeitskräfte sind ein notwendiger Teil der thailändischen Fischereiindustrie, aber Grenzüberquerungen und Anwerbung stellen für diese Arbeiter eine akute Gefahr dar. In Anbetracht dieses Problems sollte ein einfach verständliches System entwickelt werden, das Regulierungen für Anwerbung und Vermittlerlizenzen enthält, sodass Wanderarbeiter in der Fischerei legal in Thailand einreisen können und vor ausbeuterischen Anwerbungspraktiken geschützt werden.
- Verbesserung der Kenntnisse der Aufsichtsbehörden im Fischereisektor über ihre Verantwortlichkeiten und Sensibilisierung von Wanderarbeitern für ihre Rechte durch öffentliche Bekanntmachung der bereits erlassenen Vorschriften in der Ministerialverordnung über den Arbeitsschutz in der Seefischerei, 2557 (2014).

1 — Diese Schätzung stammt von der Raks Thai Foundation. Andere Schätzungen sprechen von Arbeitnehmerzahlen zwischen 170.000 (Thailand Department of Fisheries) und 505.000 (Thailand National Statistics Office) Beschäftigten. Die starken Differenzen erklären sich durch die große Zahl an nicht registrierten Wanderarbeitern in der Fischerei.

2 — ILO (2013). Caught at Sea: Forced Labor and Trafficking in Fisheries. Geneva, Switzerland: ILO.

3 — ILO & ARCM (2013). Employment Practices and Working Conditions in Thailand's Fishing Sector. Bangkok, Thailand: ILO.

4 — Chantavanich, S., Laodumrongchai, S., & Stringer, C. (2016). Under the Shadow: Forced Labour among Sea Fishers in Thailand. Marine Policy, 68, 1-7.

5 — Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons (2000). (<https://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/protocoltraffickinginpersons.aspx>)

6 — The Anti-Trafficking in Persons Act BE 2551 (2008). (<https://www.refworld.org/pdfid/4a546ab42.pdf>)

7 — Einzel- und Paarschlepper sowie Ringwadenfänger verwenden jeweils unterschiedliche Fangmethoden und Netztypen. Im Vergleich zu Schleppern setzen Ringwadenfänger größere Mannschaften ein, fangen näher zum Land hin und kehren auch häufiger zurück an Land.

8 — Die Ergebnisse dieses Abschnittes bilden die Analyse der gesamten Stichprobe von 260 befragten Fischern ab, einschließlich der 12 Befragten, die von der Studie ausgeschlossen wurden, weil sie seit 2010 auf keinem Boot mehr gearbeitet hatten oder Daten fehlten.

9 — Beifang meint junge Fische oder Arten, die nicht für den direkten Konsum gefangen werden, sondern für die Produktion von Fischmehl verwendet werden.

10 — "Gelbe Karten" werden an Länder vergeben, die nicht genug gegen illegales Fischen unternehmen. Ist ein betroffenes Land nicht in der Lage den Gesetzesrahmen und die Durchsetzungsmechanismen zeitnah anzupassen, erhält es eine „rote Karte“. Diese führt dann zu einem Handelsverbot, das den Zugang zum EU-Markt verwehrt. (http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4806_de.htm)

02 Kinderhandel und Zwangsarbeit in Ghana

Prävalenz und Funktionsweise von Kinderhandel in der Fischerei

IJM befreit mit den Behörden in Ghana seit 2014 Kinder aus der Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie am Voltastausee und sorgt für ihre Betreuung und gesunde Weiterentwicklung. Weiter unterstützt IJM die Behörden dabei, dass die Täter verhaftet und strafrechtlich verfolgt werden. Eine Anfang 2015 von IJM unterstützte Befreiung führte 2016 zur ersten Verurteilung. Bis 2017 konnte IJM die Behörden bei der Befreiung von mehr als 100 Kindern unterstützen.

Mit lokalen Partnern stärkt IJM die betroffenen Kinder durch Fallmanagement und stellt sicher, dass sie professionell in der Traumabewältigung begleitet werden, eine medizinische Versorgung erhalten, ihre Ausbildung fortsetzen und sich in einem sicheren Umfeld erholen können. Darüber hinaus arbeitet IJM mit lokalen Kirchengemeinden zusammen, um das öffentliche Bewusstsein für Kinderhandel zu schärfen und sie zu ermutigen, von den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten ein entschiedenes Vorgehen gegen Menschenhandel einzufordern.

IJM führte in Ghana zwei Studien über Kinderhandel zur Ausbeutung in der Fischerei auf dem Voltastausee durch: ein Assessment im Jahr 2013, mit dem eine Prävalenzrate von gehandelten Kindern in der Programmregion ermittelt werden sollte, sowie eine qualitative Studie im Jahr 2015. Das Ziel der Studien war es, das Ausmaß und die Funktionsweise des Kinderhandels in der Fischereiindustrie des Voltastausees zu dokumentieren.

Nachfolgend findet sich eine Beschreibung der angewandten Methodik, eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse sowie Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Kinderhandel und Zwangsarbeit auf dem Voltastausee.

Die vollständige Studie finden Sie unter

ijm-deutschland.de/s/studien

METHODIK

Im Rahmen des Assessments 2013 führten Datensammler Interviews mit Kindern und/oder Erwachsenen in insgesamt 982 besetzten Booten (Kanus) durch. Die Daten wurden in einem Zeitraum von 17 Tagen im Juni und Juli auf dem südlichen Teil des Sees erhoben.

Es wurden 771 Kinder, die in die Fischeraktivitäten am Voltastausee involviert waren, befragt oder beobachtet. Das Assessment-Team bestand aus zwei primären

Datensammlern, einer zusätzlichen Person für die Übersetzung und einem Datenmanager. An den meisten Tagen wurden zwölf Stunden lang Interviews durchgeführt. Die Datensammler erfassten Informationen für alle Boote, die auf dem Wasser gesichtet wurden. Das Studienteam fuhr dazu mit seinem Boot zu dem jeweiligen Fischerboot und begann eine Unterhaltung mit den Kindern und/oder Erwachsenen, oft mithilfe des Übersetzers.

Die gestellten Fragen waren halbstrukturiert, da die Sicherheit der Kinder auf den Booten bewertet werden musste. Das Ziel war es, die Kinder auf jedem Boot einzeln zu befragen. Ein „vollständiges“ Interview beinhaltete: Alter und Geschlecht jedes Kindes, den Status von Menschenhandel, Herkunftsort (Geburtsort), Bezahlung der Arbeit, Dauer der Arbeit am See und Verletzungen. Wenn ein Kind oder eine Gruppe von Kindern bei der Ansprache allein war, führte das Assessment-Team ein ausführlicheres Gespräch. Wenn Kinder nicht ansprechbar waren und die Erwachsenen auf dem Boot fragend oder ängstlich ansahen, versuchten die Datensammler, Informationen von den Erwachsenen zu erhalten.

Angesichts des aktiven Charakters der Situation des Kinderhandels trafen die erfahrenen Datensammler eigenständig Entscheidungen darüber, wie viele und welche Fragen sie stellten. Die Sicherheit der Kinder und die des Assessment-Teams standen dabei an erster Stelle. Bei der Annäherung an jedes Boot wurden neben den Beobachtungen und Interviews auch die GPS-Koordinaten des Befragungsortes auf dem Wasser mit einem tragbaren GPS-Gerät erfasst. Mit diesem Gerät schickte das Team wichtige Daten aus dem Interview inklusive der Koordinaten in Echtzeit an den Datenmanager.

Ergänzend zu diesem Assessment führte IJM Anfang 2015 eine qualitative Studie durch, die die Funktionsweise des Handels mit Jungen und Mädchen in die Fischereiindustrie am Voltastausee erforschen sollte. Anhand der quantitativen Daten aus dem vorangegangenen Assessment konnte IJM die drei am häufigsten mit Kinderhandel in Verbindung gebrachten Gebiete im südlichen Voltastausee identifizieren (nachfolgend „Zielgemeinden“ genannt) und die drei am häufigsten genannten Herkunftsgemeinden ermitteln.

IJM entwarf die Methodik unter Mitwirkung von ghanaischen Partnern - darunter das mit der Datenerhebung

Bis 2017 konnte IJM die Behörden bei der Befreiung von mehr als 100 Kindern unterstützen.

beauftragte lokale ghanaische Forschungsunternehmen Participatory Development Associates (PDA). PDA besaß bereits Erfahrung in der Durchführung von Untersuchungen zu Menschenhandel, in der Arbeit mit Jugendlichen und der Durchführung von Gruppendiskussionen und Interviews mit Informanten in ländlichen Gebieten in Ghana. Die PDA-Mitarbeiter verfügten zudem über die notwendigen Sprachkenntnisse – angesichts der Sensibilität des Themas ist dies ein entscheidendes Kriterium für die erfolgreiche Datenerfassung.

Bei der Methodenentwicklung legte das Forschungsteam für die Datenerhebung folgende Zielgruppen fest: 1) Dorfbewohner, die möglicherweise am Kinderhandel beteiligt waren und einen besseren Einblick in die Funktionsweise, Mechanismen, Erfahrungen, Push- und Pull- sowie kulturelle Faktoren für Kinderhandel geben konnten; 2) wichtige Informanten in den Dorfgemeinschaften, die die Informationen von potentiell beteiligten Dorfmitgliedern in Verbindung setzen konnten mit Informationen von 3) wichtigen lokalen Fachleuten, die an Operationen gegen Menschenhandel mitgewirkt hatten oder mit solchen beauftragt worden waren.

Die in diesem Bericht vorgestellten Ergebnisse stammen aus dem Assessment sowie 32 Fokusgruppen (mit insgesamt 233 Teilnehmern), 51 Interviews mit wichtigen Informanten, fünf Betroffenenberichten sowie sechs Dorfprofilen aus sowohl Herkunfts- als auch Zielgemeinden.

WICHTIGE ERGEBNISSE

Demographie

Die Ergebnisse der beiden Datenerhebungen in den Jahren 2013 und 2015 zeigen, dass die meisten der in der Fischerei beschäftigten Kinder (Jungen und Mädchen) zehn Jahre alt oder jünger waren. Das Alter von zehn Jahren wurde während des Assessments 2013 am häufigsten beobachtet. Auch in der qualitativen Studie 2015 wurde dieses Alter von Interviewpartnern am häufigsten genannt.

Mädchen machten nur 0,4 % (3 von 771) der auf dem See in Booten beobachteten Kinder aus. Der geringe Prozentsatz weist darauf hin, dass die Aufgaben der Mädchen in der Regel nicht auf dem Wasser sind. In allen Ziel- und Herkunftsgemeinden beschrieben die Befragten die Rolle von Mädchen in der Fischerei auf ähnliche Weise: Sie beinhaltete die Verarbeitung, das Haltbarmachen und den Verkauf des Fisches sowie die Hausarbeit und das Kochen für ihre Gastgeber und/oder andere Kinder.

Herkunftsgemeinden berichteten in der Befragung 2015, dass Mädchen in etwas jüngerem Alter als Jungen zum Voltastausee gebracht werden. Das am häufigsten genannte Alter war fünf Jahre. Während der Untersuchung 2013 waren 20,5 % der Kinder, die bei der Arbeit auf dem Voltastausee beobachtet oder befragt wurden, sechs Jahre oder jünger. Im Jahr 2015 gaben 21,3 % der Befragten an, dass Jungen im Alter von 0–6 Jahren in der Fischereiindustrie des Voltastausees arbeiteten.

Prävalenz

Die Untersuchung 2013 ergab, dass mehr als die Hälfte (57,6 %, 444 von 771) der Kinder, die auf dem südlichen Teil des Voltastausees arbeiten, Zwangsarbeit leisten.

Die Datensammler stuften mehr als ein Drittel (37,2 %, 287 von 771) der Kinder als „mutmaßliche Opfer von Menschenhandel“ ein, weil ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre Verhaltensweisen denen von gehandelten Kindern entsprachen. Solche Hinweise waren beispielsweise Angst (kein Blickkontakt, Verstecken innerhalb des Bootes, zitternder Körper), Unterwürfigkeit gegenüber dem Besitzer (keine direkten Antworten, fragende Blicke in Richtung des Masters¹), Verletzungen und/oder Narben, schlechte Kleidung und Pflege im Vergleich zu anderen Kindern oder Erwachsenen im Boot. Über ein Fünftel (20,4 %, 157 von 771) der Kinder wurde als „bestätigte Opfer von Menschenhandel“ eingestuft, nachdem die Datensammler im Interview entweder durch das Kind oder den Erwachsenen auf dem Boot einen Nachweis erhielten. Die übrigen 42,4 % (327 von 771) der beobachteten oder befragten Kinder erfüllten die Kriterien von Menschenhandel nicht.

Die Studie von 2015 ergab auch, dass sowohl Jungen als auch Mädchen körperlich anstrengende und manchmal gefährliche Aufgaben in der Fischereiindustrie des Voltastausees erledigen müssen. Sowohl Jungen als auch Mädchen hatten lange Arbeitszeiten, bekamen oft wenig Schlaf und arbeiteten nachts.

Prävalenz von Kindern, die von Zwangsarbeit betroffen sind

Status	Anzahl Kinder	Prozent
Opfer von Menschenhandel	444	57,6 %
Mutmaßlich	287	37,2 %
Bestätigt	157	20,4 %
Kein Opfer von Menschenhandel	327	42,4 %
GESAMT	771	100,0 %

Bemerkung: Die Prävalenzrate von 57,6 % sollte als konservative Schätzung von Menschenhandel auf dem südlichen Voltastausee betrachtet werden. Die Notizen der Datensammler weisen darauf hin, dass auch Kinder, die als „kein Opfer von Menschenhandel“ eingestuft wurden, gehandelt sein könnten.

1 – Bootsbesitzer/Menschenhändler wurden sowohl von Kindern als auch anderen Dorfbewohnern „Master“ genannt.



Sowohl Jungen als auch Mädchen hatten lange Arbeitszeiten, bekamen oft wenig Schlaf und arbeiteten nachts.

Verletzungen

Informanten beschrieben das Fischen auf dem See als „gefährlich“ und erklärten, dass „fast alle“ Kinder beim Fischen verletzt werden. Befragte nannten drei Hauptursachen für Verletzungen:

- > **Fische:** Sowohl Jungen als auch Mädchen wurden im Wasser oder beim Putzen von Fischen verletzt. Viele berichteten, dass die Kinder im Wasser von Fischen gestochen oder geschockt wurden. Einige berichteten von geschwollenen Füßen oder Händen.
- > **Baumstümpfe, Steine und andere Gegenstände:** Kinder stoßen sich im Wasser regelmäßig an Gegenständen, was zu Verletzungen wie Schnitten, Prellungen, Wunden und sogar Ertrinken führen kann. Ein Befragter merkte an, dass sich Kinder beim Tauchen an zerbrochenen Flaschen im See schneiden können. Da die offenen Wunden nicht sofort behandelt werden, infizieren sich diese regelmäßig.
- > **Stürze innerhalb oder aus dem Boot:** Viele stellten auch fest, dass Kinder leicht im oder aus dem Boot stürzen, wobei Verletzungen langfristig zu Behinderungen führen könnten.

Mehrere äußerten, dass neue, unerfahrene und kleine Kinder am stärksten vom Ertrinken bedroht seien. Das Risiko erhöhe sich, wenn die Kinder bei Müdigkeit und Hunger

zum Tauchen gezwungen werden. Andere berichteten, dass Ertrinken auch eine Gefahr sei, wenn Kinder geschlagen werden oder in den See fallen. Sowohl in den Ziel- als auch in den Herkunftsgemeinden wurden Fälle von Ertrinken eher von NGOs und Sozialarbeitern als von Dorfgemeinschaften berichtet; jedoch konnten sowohl NGOs als auch Sozialarbeiter keine Anzahl solcher Fälle abschätzen, da die Fälle nicht gemeldet wurden.

Gesundheit

Während des Assessments am südlichen Voltastausee beobachteten die Datensammler, dass eine große Anzahl von Kindern eines oder mehrere der folgenden Symptome von Bilharziose (Infektion durch einen parasitären Wurm im Wasser) aufwies: 1) schwerer Hautausschlag, der sich in Läsionen und daraus resultierenden Narben zeigte; 2) abdominale Überdehnung durch Vergrößerung der Blase, des Darms, der Leber und des Dickdarms aufgrund dieser Würmer; oder 3) Fieber und Teilnahmslosigkeit. NGOs, die mit gehandelten Kindern arbeiten und diese medizinisch untersuchen, berichteten, dass Bilharziose das häufigste Gesundheitsproblem sei.

Zahlreiche Kinder zeigten auch schwere Infektionen an Füßen, Zehen, Beinen, Fingern, Händen und Armen durch arbeitsbedingte Verletzungen und unhygienische

Zustände. Die medizinischen Untersuchungen der NGOs ergaben auch Fälle von Malaria, Hepatitis und Typhus. Während Hepatitis und Typhus von anderen Befragten nicht bestätigt wurden, nannten einige befragte junge Männer, Mediziner, NGOs, ein Lehrer sowie ein Beamter Malaria als zweithäufigstes Gesundheitsproblem.

Informanten beobachteten, dass in der Fischerei ausgebeutete Kinder Anzeichen von Traumata zeigten. Folgende Indikatoren nannten sie hierfür: Alpträume und Flashbacks; Zurückziehen von Mitmenschen, Isolation und Schwierigkeit, sich anderen zu nähern; Scheu oder leichtes Erschrecken; Meidung von Augenkontakt; niedergeschlagener Ausdruck und Körpersprache; Weinen; Misstrauen gegenüber anderen, z.B. bei der Frage nach ihrem tatsächlichen Namen; Angst und Erwartungshaltung, geschlagen zu werden; Verhaltensprobleme und Betteln um Geld, um von ihrem Master wegzulaufen zu können.

Gewalt

Die große Mehrheit der Kinder in der Fischereiindustrie am Voltastausee erlebt Gewalt. Die meisten Berichte körperlicher Gewalt waren Fälle, in denen Kinder mit Paddeln geschlagen wurden. Es gab zudem viele Berichte über Kinder, die in den See geworfen und mit Stöcken oder Seilen geschlagen wurden. Ein Polizeibeamter, der zuvor im Bereich der Fischerei gearbeitet hatte, berichtete, dass Kinder „mit rauen Seilen gefoltert werden, die eigentlich zum Binden von Bambus verwendet werden“. Einige der Befragten äußerten, dass Schläge bei den Kindern zu einem Rundrücken und Augenproblemen oder sogar zum Tod führen können.

Die Berichte der körperlichen Gewalt gegen Kinder weisen auf ein mangelndes Bewusstsein der Täter darüber hin, dass einige der schwierigen Aufgaben in der Fischerei von Kindern nur sehr schwer geleistet werden können. Eine Gruppe junger Männer erklärte: „Wenn ein Kind nicht in der Lage ist, die schwere Arbeit zu tun, wird der Master wütend, da er der Mutter bereits etwas Geld gezahlt hat. Aus Frustration schlägt er das Kind mit einem Stock, Paddel oder anderen Gegenständen.“

Eine befragte Mitarbeiterin einer in einer Herkunftsgemeinde arbeitenden NGO setzte diese Berichte in einen kulturellen Kontext. Sie ging auf die Unterschiede in der Schwere der Gewalt gegenüber Kindern in der Fischerei und Kindern, die zu Hause blieben, ein: „Wenn Kinder sich beschwerten, dass sie am See misshandelt werden, nehmen Eltern das nur sehr schwerlich ernst, weil sie denken, dass es notwendig ist, ein Kind zu schlagen. Man geht davon aus, dass das Schlagen für die Erziehung des Kindes notwendig ist [...] Unter den Schwellenländern steht Ghana in Bezug auf das Gewaltniveau laut UNICEF an siebter Stelle [...] Körperliche Gewalt ist hier kulturell akzeptiert.“

Die Diskussion über sexuelle Gewalt gegen Jungen und Mädchen war den Fokusgruppen der Zielgemeinden unangenehm, jedoch konnten Informanten in den Zielgemeinden mehr Informationen liefern. Die Schätzungen des Ausmaßes sexueller Gewalt gegen Mädchen in der



Der Voltastausee in Ghana ist mit 8500 m² der größte künstlich angelegte Binnensee der Welt.

Fischereiindustrie gingen hier jedoch weit auseinander: Einige schätzten diese auf 20-40%, andere auf 90-100% und wieder andere konnten keine Schätzung abgeben. Einige erwähnten, dass sexueller Missbrauch verheimlicht werde und sogar vergewaltigte Mädchen, die medizinisch versorgt werden, Erlebtes leugnen. Viele der Informanten, die keine Angabe zur Prävalenz sexueller Gewalt machen konnten, wiesen auf ungewöhnlich hohe Zahlen an Teenagerschwangerschaften als Beweis für potenziellen sexuellen Missbrauch hin.

Mädchen in der Fischereiindustrie waren anfällig für verschiedene Formen der Viktimisierung. Etwa die Hälfte der befragten jungen Männer bestätigte, dass Menschenhändler sexuelle Ausbeutung und Zwangsverheiratung junger Mädchen einsetzen, um die älteren Jungen zu kontrollieren.

Stakeholder bestätigten, dass viele Kinder ihre Situation der Ausbeutung verlassen wollen. Eine Gruppe junger Erwachsener gab an, dass 80% der Kinder die Fischereibranche verlassen wollen. Der Wunsch zu gehen war fast immer mit körperlicher Gewalt und Misshandlung oder mit dem Wunsch verbunden, die Schule besuchen zu können.

Viele berichteten über erhebliche Hindernisse für Kinder, die Situation der Ausbeutung zu verlassen. Die größten Hindernisse waren: (1) Geldmangel für die Reise; (2) kein Wissen und Orientierung, wie sie nach Hause kommen, besonders wenn sie in sehr jungem Alter verkauft wurden; (3) Verfolgung der Menschenhändler mithilfe von Suchtrupps und Bestrafung der Kinder sowie (4) Angst.

Ausbildung

Die Datensammler des Assessments 2013 versuchten, Fragen zum Schulbesuch zu stellen, aber sie konnten in vielen Interviews keine Antworten erhalten oder hatten den Eindruck, dass das Kind oder der Erwachsene unwahrheitsgemäß antwortete. Deshalb wurde für die Erhebung des Schulbesuchs als Proxywert verwendet, wenn die Datensammler Kinder während der Schulzeit auf dem See beobachteten. Fast die Hälfte der gehandelten Kinder (48,9%, 217 von 444) wurde in der Zeit von 8 bis 14 Uhr, der typischen ghanaischen Schulzeit, auf dem See befragt oder beobachtet.

Auch die qualitative Studie 2015 ergab, dass Kinder in der Fischereiindustrie häufig am Schulbesuch gehindert werden, entweder wegen der langen Arbeitszeiten oder weil ihr Master ihnen den Schulbesuch nicht erlaubt. Dreizehn Befragte gaben unaufgefordert an, dass die Fischer ihre biologischen Kinder zur Schule schicken und an deren Stelle andere Kinder für die Arbeit in der Fischerei einstellen.

Die Studie ergab somit, dass der Zugang zu Bildung einer der wesentlichen Unterschiede zwischen gehandelten und nicht gehandelten Kindern ist.

Die Befragten der Herkunftsgemeinde wiesen darauf hin, dass Kinder, die Opfer von Menschenhandel werden, nach ihrer Rückkehr hinter ihren Altersgenossen zurückbleiben. Wenn Betroffene erst im Erwachsenenalter in ihre



Heimat zurückkehren, befinde sich ihr Bildungsniveau auf dem der Grundschule, so Informanten. Lehrer und junge Erwachsenengruppen berichteten zudem, dass diese Situation bei den Betroffenen Scham und Unwohlsein auslöse.

Aspekte des Menschenhandels

Die Datenerhebungen in den Jahren 2013 und 2015 ergaben, dass für die Ausbeutung der Kinder in der Fischerei vertragliche Vereinbarungen existieren, häufig zwischen dem Master und dem Elternteil/Vormund des Kindes.

In der qualitativen Studie 2015 identifizierten Befragte aus allen Ziel- und Herkunftsgemeinden Verwandte als primäre Vermittler für die Rekrutierung von Kindern in die Fischereiindustrie am Voltastausee. Freunde der Familie und Verwandte entsprachen oft gleichzeitig den am häufigsten genannten Typen von Anwerbern: Fischer und Zwischenhändler/Agenten. Andere wiesen auf die starke Verwandtschaft und ethnischen Bindungen zwischen Ziel- und Herkunftsgemeinden hin.

Die Mehrheit berichtete, dass Anwerber Vereinbarungen mit den Eltern treffen. Nur wenige berichteten, dass Anwerber sich direkt an die Kinder wenden. **Ein großer Teil der Eltern schien sich der Absichten der Vermittler sowie der Tatsache bewusst zu sein, dass ihr Kind in der Fischerei am Voltastausee eingesetzt werden sollte.**

Aber einige Eltern wussten nicht, wohin genau ihre Kinder gebracht werden. Es besteht außerdem die Möglichkeit, dass den Eltern vorenthalten wird, wie lange ihr Kind arbeiten soll und welchen Betrag sie dafür erhalten würden.

Die meisten Befragten gaben an, dass Kinder zwei bis drei Jahre auf dem Voltastausee arbeiten. Fast genauso viele sprachen jedoch auch von zehn Jahren und länger. Gerade Mädchen kehrten laut einigen Stakeholdern nach einer Schwangerschaft oder Heirat überhaupt nicht mehr in ihre Herkunftsgemeinde zurück. Als weitere häufige Zeitspanne wurden vier bis fünf Jahre genannt.

Die Befragten waren sich einig, dass die Eltern und Erziehungsberechtigten die Unterhändler und Empfänger der Zahlungen für Kinder seien, die in der Fischerei arbeiten, wobei nur einige wenige erwähnten, dass einige Kinder einen Teil des Geldes erhalten. Dies wurde durch die Aussage bestätigt, dass viele junge Erwachsene die Bedingungen ihrer Verträge nicht kennen und erklärten, dass sie kein Geld erhalten. **Einige Betroffene bemerkten, dass sie anstelle der Bezahlung am Ende ihres Arbeitseinsatzes lediglich ein Stück Stoff erhalten hatten.**

Der Betrag, den die Eltern vor der Abreise des Kindes zum Voltastausee entweder als Vorleistung oder Gesamtzahlung erhalten, reichte von einer symbolischen Geste (z.B. einem alkoholischen Getränk, speziell Schnaps, einem Stück Stoff oder weniger als 100 GHS, 18 Euro) bis zu 1.000 GHS (180 Euro), wobei die meisten Befragten einen Betrag von 100-500 GHS (18-90 Euro) nannten. Im Jahr 2015 lagen die Zahlungen pro Kind und Jahr zwischen 10-1.000 GHS (2-180 Euro), wobei der Betrag häufig unter 50 GHS (9 Euro) pro Jahr lag.

Einige Stakeholder erklärten den Vorteil von Vorauszahlungen und/oder Vorschüssen damit, dass Zahlungen

Eine Gruppe junger Erwachsener gab an, dass 80% der Kinder die Fischereibranche verlassen wollen. Der Wunsch zu gehen war fast immer mit körperlicher Gewalt und Misshandlung oder mit dem Wunsch verbunden, die Schule besuchen zu können.

nach Abschluss des Arbeitseinsatzes oftmals nicht voll ausgezahlt werden.

Eine Gruppe von Männern aus einer Herkunftsgemeinde gab an, dass Eltern 500-1.000 GHS (90-180 Euro) im Voraus erhalten, wenn Kinder für Licht-Fischen eingesetzt werden sollen, einer in Ghana verbotenen Angelmethode. Andere berichteten, dass Vorschüsse verwendet werden, um eine Art Schuldknechtschaft zu erzeugen, indem Menschenhändler behaupten, dass der erarbeitete Ertrag noch nicht dem erwarteten Ertrag der vereinbarten Arbeitszeit entsprach. Einige erwähnten, dass Eltern Geld von den Fischern leihen, insbesondere für Bestattungskosten, die dann zusätzliche Jahre des Arbeitseinsatzes für ihr Kind bedeuten.

Die Studie 2015 ergab, dass viele Täter zwar selbst einkommensschwache Fischer sind, die Ausbeutung von Kindern aber nicht nur für ihr Überleben einsetzen. In der Tat ermögliche diese Ausbeutung ihnen, ihre eigenen Kinder zur Schule zu schicken und sich für ihre Familie eine bessere Unterkunft und Kleidung zu leisten. **Ein männlicher Betroffener sagte dazu: „Wir waren mehr oder weniger ihre Haussklaven, denn ihre eigenen Kinder mussten gar nichts machen.“**

Hieraus folgen mehrere Faktoren, die gehandelte von nicht gehandelten Kindern unterscheiden: Zugang zu Bildung, Arbeitsbedingungen (z.B. längere Arbeitszeiten und härtere oder gefährlichere und schwierigere Aufgaben) sowie unangemessene Kleidung und Unterkunft. Mehr als 40 Befragte gaben an, dass Kinder leicht auszubeten seien, was am häufigsten mit den Attributen „gehorsam“,

„leicht zu kontrollieren“ und „respektvoll“ beschrieben wurde. Einige wenige fügten hinzu, dass dieser Gehorsam davon herrührte, dass die Kinder leicht einzuschüchtern seien, wie eine Gruppe junger Männer beschrieb: „Du kannst einen Erwachsenen nicht so behandeln, wie du willst. Wenn er dir nicht zustimmt, kann dies in einer Konfrontation enden. Aber ein Kind gehorcht, sobald du einen Stock hebst.“

Push- und Pull-Faktoren

Die qualitative Studie ergab, dass Armut Eltern und Erziehungsberechtigte zum Verkauf ihrer Kinder in die Fischerei am Voltastausee treibt und der primäre Push-Faktor für den Kinderhandel ist. Die Stakeholder nannten überwiegend zwei wichtige Pull-Faktoren: 1) Kinder sind eine billige Arbeitskraft und 2) sie sind leicht auszubeuten.

Es existieren verschiedene Normen und Praktiken, die durch Faktoren wie Armut und kinderreiche Familien mit nur einem Elternteil begünstigt werden und zur Prävalenz des Kinderhandels beitragen. Die Aufnahme von Pflegekindern ist in den Ziel- und Herkunftsgemeinden eine weit verbreitete Praxis. So ist es üblich, dass arme Familien ihre Kinder in andere Dörfer schicken, um sie von wohlhabenderen Verwandten aufziehen zu lassen. Diese Praxis ist in der Regel nicht ausbeuterisch, aber kann von Menschenhändlern leicht ausgenutzt werden.

Mehr als 50 Befragte erklärten, dass Fischer eher Kinder einstellen, weil sie billiger sind als Erwachsene. Viele erklärten, dass Kinder ohne Bezahlung arbeiten, während Erwachsene einen Mindestlohn verlangen. Viele andere bemerkten, dass Kinder den Wert von Geld nicht verstehen und nicht über einen fairen Anteil der Einnahmen verhandeln würden. So erklärte ein Gesprächsteilnehmer: „Erwachsene wollen einen fairen Anteil der Einnahmen eines jeden Fangs, aber ein Kind hat keine Ahnung. Deshalb setzen die meisten von ihnen gerne Kinder ein.“

Während die überwiegende Mehrheit erklärte, dass Menschenhändler mit Hilfe der Kinder ihren Gewinn steigern wollten, hoben einige hervor, dass einige Fischer ihre Familien kaum ernähren und es sich dadurch nicht leisten können, Erwachsene einzustellen, um ihnen bei der Arbeit zu helfen. Daher kann Armut sowohl Push- als auch Pull-Faktor sein.

Die qualitative Studie ergab, dass Armut Eltern und Erziehungsberechtigte zum Verkauf ihrer Kinder in die Fischerei am Voltastausee treibt.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die folgenden Empfehlungen richten sich an ghanaische Entscheidungsträger und größere internationale Organisationen und Institutionen, die Programme umsetzen, politische Strategien oder Protokolle entwickeln oder wissenschaftliche Untersuchungen zu Kinderhandel und Zwangsarbeit durchführen:

1. Strafrechtliche Verfolgung von Tätern und sozialpsychologische Betreuung von betroffenen Kindern priorisieren

Zurzeit können Menschenhändler auf dem Voltastausee ungestraft Kinder anwerben und ausbeuten. Tatsächlich war Strafverfolgung eine der häufigsten Antworten von Dorfbewohnern auf die Frage, wie Kinderhandel beendet werden könne. Insbesondere junge Erwachsenengruppen betonten, dass die Praxis des Kinderhandels nicht enden würde, wenn die Täter nicht nach ghanaischem Recht verhaftet und zur Rechenschaft gezogen werden. Um die Verhaftung, Verfolgung und Verurteilung von Menschenhändlern und die damit verbundene sozialpsychologische Unterstützung für gehandelte Kinder zu priorisieren, müssen Einheiten, die mit der Bekämpfung von Menschenhandel betraut sind, mit Personal und Mitteln ausgestattet und befähigt werden. Dazu gehören die Anti-Human-Trafficking-Unit, das Sozialministerium sowie das Ministerium für Gender, Kinder und sozialen Schutz.

Die Ergebnisse der qualitativen Studie zeigen, dass diese Einrichtungen zurzeit nicht über die benötigten Ressourcen verfügen, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Beispielsweise gaben einige Beamte an, dass sie Hinweisen von Menschenhandel wegen fehlender Transportmittel nicht nachgehen konnten. Selbst wenn Regierungsbeamte Hinweisen nachgingen, fehlten ihnen die Mittel, um angemessen reagieren zu können. Beispielsweise fehlten dem Sozialministerium Unterkünfte, was dazu führte, dass ein betroffenes Kind weglief.

Die Ergebnisse der qualitativen Studie zeigten außerdem, dass Regierungsbehörden, die mit dem Kampf gegen Menschenhandel beauftragt sind, oft davon abgehalten werden, die strafrechtliche Verfolgung von Menschenhändlern zu priorisieren. Die Befragten beschrieben, dass relevanten Stakeholdern wie der Polizei weitere Einsätze gegen Menschenhandel verboten wurden, wenn eine Dorfgemeinschaft negativ auf einen Einsatz reagiert hatte. Die Stakeholder müssen über eine ausreichende Unterstützung von Einflusspersonen und der Gemeinschaft verfügen, um effektiv gegen Menschenhandel vorgehen zu können.

2. Verringerte Gefährdung durch besseren Bildungszugang und wirtschaftliches Empowerment

Eine häufig genannte Lösung zur Beendigung von Kinderarbeit und -handel war ein verbesserter Bildungs-

zugang, welcher Folgendes beinhaltet: (1) Steigerung der Nachfrage nach Bildung; (2) Sicherstellen des Zugangs zu Bildung für Kinder in abgelegenen Regionen und (3) Aufklärung von Herkunftsgemeinden sowohl über die Vorteile von Bildung als auch die verheerenden Folgen von Kinderarbeit auf Kosten solcher Bildung.

Eine weitere häufig genannte Lösung waren wirtschaftliches Empowerment und alternative Lebensgrundlagen. Angesichts der Tatsache, dass Armut der primäre Push-Faktor für Kinderhandel war, sollte wirtschaftliches Empowerment zusammen mit anderen Lösungen zur Gewährleistung des Kinderschutzes eingesetzt werden.

3. Sicherstellen von traumasensibler Betreuung der Betroffenen

Kinder, die am Voltastausee ausgebeutet werden, erleben ein Trauma, das ihre gesamte Entwicklung beeinträchtigen kann, wenn es nicht richtig behandelt wird. Daher sollte Kinderhandel nicht nur als Arbeitsproblem behandelt werden. Interventionen sollten traumasensibel begleitet werden. Darüber hinaus sollten Akteure, die mit Menschenhandel befasst sind – insbesondere Nachsorgeeinrichtungen, die vom Sozialministerium und von NGOs bereitgestellt werden – in der Lage sein, mit den manchmal schwierigen Verhaltensweisen umzugehen, die mit Traumareaktionen und schlechter sozialer Entwicklung einhergehen.

4. Unterstützung bei der Reintegration

Gehandelte Kinder benötigen eine umfassende Reintegrationshilfe, um eine Reviktimisierung zu verhindern. Dies sollte die Aufklärung von Eltern und Dorfleitern sowohl zur Prävention von Menschenhandel als auch zur Unterstützung von zurückgekehrten Betroffenen beinhalten. Die Reintegrationsmaßnahmen sollten geeignete Bildungswege umfassen. Ältere Kinder zum Beispiel fühlen sich möglicherweise unwohl, wenn sie mit viel jüngeren Schülern an der Grundschulbildung teilnehmen. Neben Schulbildung sollte ebenfalls der Zugang zu einer Berufsausbildung oder weiteren Möglichkeiten wirtschaftlicher Befähigung gegeben sein. Am zweithäufigsten wurde der Bedarf an Beratung oder Therapie genannt. Dies zeigt, dass es unerlässlich ist, das Trauma der Betroffenen anzugehen.

5. Bereitstellung geeigneter Angebote für gehandelte Mädchen

Alle gehandelten Kinder erleben ein Trauma und benötigen Unterstützung. Dabei muss beachtet werden, dass betroffene Mädchen oftmals sexuelle Gewalt, sexuelle Ausbeutung, Zwangsheirat oder Teenagerschwangerschaften erlebt haben. Etwa die Hälfte der Gesprächsgruppen mit jungen Männern bestätigte, dass Menschenhändler sexuelle Ausbeutung und Zwangsverheiratung von Mädchen einsetzen, um ältere Jungen zu kontrollieren.

Das dubiose System der Schuldknechtschaft versucht alles, damit Arbeiter in ihren Schulden dauerhaft festhängen.



03 Schuldknechtschaft in Tamil Nadu, Indien

Prävalenz und Erfahrungen von Wanderarbeitern

IJM setzt sich in Indien seit Anfang der 2000er Jahre gegen Menschenhandel und Schuldknechtschaft ein. Die meisten Betroffenen gelangen durch Täuschung in Sklaverei. Oft ist es die Aussicht auf eine Arbeitsstelle oder die Zusage eines Minikredites. Sobald die Arbeiter einen Vorschuss erhalten, um zu dem Ort ihrer neuen Arbeit zu gelangen, dort zu übernachten oder um sofort dringende Kosten zu begleichen, machen sie Schulden bei dem Jobvermittler. Um diese abzarbeiten, wird ein Zeitraum in einer Ziegelei, Fabrik, Farm und ähnliches vereinbart. Das dubiose System der Schuldknechtschaft versucht alles, damit die Arbeiter in ihren Schulden dauerhaft festhängen. Wucherzinsen und unregelmäßige oder ausfallende Lohnzahlungen führen dazu, dass die Schulden nicht abnehmen und häufig sogar wachsen. Irgendwann stellt der Arbeiter fest, dass er den Betrag des Vorschusses niemals zurückzahlen können. Außerdem halten ihn die rohe Gewalt des Jobvermittlers oder des Chefs in der Ziegelei oder Fabrik fest.

IJM konzentriert seine Einsätze zu Fällen von Schuldknechtschaft in Tamil Nadu auf vier Bezirke in der Umgebung von Chennai: Kancheepuram, Thiruvullar, Thiruvanamalai und Vellore. Gemeinsam mit Regierungsbeamten arbeitet IJM an Einzelfällen von Schuldknechtschaft. Unser Team unterstützt die Umsetzung von Regierungsprogrammen zum Kapazitätenaufbau und berät auf Anfrage bei staatlichen Programminitiativen und Verfahren. In Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden identifiziert und befreit IJM Opfer von Schuldknechtschaft und stellt sicher, dass sie benötigte staatliche Leistungen und Hilfen erhalten, sodass sie gestärkt und unterstützt ein stabiles neues Lebens- und Arbeitsumfeld aufbauen können.

Darüber hinaus unterstützt IJM die strafrechtliche Verfolgung von allen Fällen und stellt die angemessene Anwendung und konsequente Umsetzung der indischen Gesetze sicher. Ergänzend zur Unterstützung der Regierung und einzelner Betroffener startete IJM 2010 in Tamil Nadu eine Initiative, die Ersthelfer bei der Entwicklung angemessener Response- und Monitoringmechanismen stärken sollte. Konkret zielt diese Initiative darauf ab, die Fähigkeit von Mitgliedern der Bezirksverwaltungen und der Polizei zu stärken, Fälle von Schuldknechtschaft effektiv zu bearbeiten sowie die Landesregierung bei der Entwicklung und Umsetzung von geeigneten Response- und Monitoringmechanismen zu unterstützen.

Eine vollständige Version der Studie mit Zitaten erhalten Sie über eine E-Mail-Anfrage an info@ijm-deutschland.de, Betreff: Tamil Nadu Prevalence Study.

METHODIK

Das Forschungsprojekt führte IJM zusammen mit dem National Adivasi Solidarity Council durch. Durch Einzelinterviews mit Arbeitern aus elf verschiedenen Branchen wurden qualitative und quantitative Daten erhoben. Die hier abgedeckten Industrien waren u.a. Reismühlen, Streichholz- und Feuerwerksfabriken, Ziegelbrennereien, Textilien, Steinbrüche, Fischfarmen, Bauernbetriebe und Plantagen, Rodungsanlagen und die Zuckerrohrindustrie.

Für die Datensammlung und die Beurteilung, ob Arbeiter von Schuldknechtschaft betroffen waren, wurde die Form des strukturierten Interviews verwendet. Zusätzlich wurden Informationen aus sekundären Quellen verwendet, hierzu gehörten eine Überprüfung bereits bestehender Literatur, Urteile des Obersten Gerichtshofes, Regierungsbeschlüsse und Medienartikel zu Schuldknechtschaft.

In der Zeit von September bis November 2014 wurden mithilfe von geschichteten Cluster-Stichproben 8.973 Arbeiter in ihren Betrieben von 66 lokalen Datensammlern befragt. Jedes Team bestand aus einem Einsatzleiter, einem Fotografen/GPS-Gerätemanager sowie einer Person, die die Interaktion mit den Aufsichtspersonen der Befragten abdeckte. Die Datensammler sprachen fließend Tamil, Hindi, Odiya, Teluga, Kannada und Englisch.

Die Stichprobe umfasste 31 Bezirke im Bundesstaat Tamil Nadu, Indien (ohne Chennai), darunter befanden sich 2.125 Betriebe – davon 1.936 in ländlichen Panchayats und 189 in städtischen Panchayats.¹

Forschungsziele

Folgende Fragen sollten durch das Forschungsprojekt beantwortet werden:

- > Was ist die geschätzte Anzahl der in Schuldknechtschaft ausgebeuteten Arbeiter in Tamil Nadu?
- > Gibt es geographische oder branchenspezifische Konzentrationen von Schuldknechtschaft?
- > Was sind demographische Merkmale von betroffenen Arbeitern in der Studie und gibt es signifikante Korrelationen zu Schuldknechtschaft?

- › Gibt es Korrelationen zwischen verschiedenen Elementen von Schuldknechtschaft?
- › Unter welchen Bedingungen arbeiten und leben befragte Arbeiter?

Der Befragungsbogen erhob Informationen zu Typus, Adresse (einschließlich GPS-Koordinaten) und Arbeitergruppengröße des Betriebs sowie demographische Informationen des Befragten, Wahlfreiheit des Wohnortes, Arbeitnehmerfreiheit, Gehalt und Vorschüssen. Statistikanalysten verwendeten das SAS-Verfahren, um auf Grundlage der Daten aus der Arbeiter-Stichprobe und unter Beachtung der Betriebsgröße gewichtete Populations-schätzungen zu erhalten.

Da die Datensammler selbst aus dem Befragungsgebiet stammen, brachten diese eigenes Grundwissen mit und konnten zu jedem Betrieb eigene Beobachtungen und Einschätzungen der Interviews und Arbeitssituationen aufnehmen. Diese Daten sowie die narrativen Texte der Arbeiter wurden kodiert und qualitativ zur Identifikation von Themen analysiert. Die Studie untersuchte und verifizierte außerdem die Qualität der Daten, unter anderem durch die Dokumentation von Befangenheiten bei Antworten der Arbeiter, Überprüfung der Fragebogenantworten anhand von Beobachtungen und Kommentaren der Datensammler, Validierung der Plausibilität von Antworten durch die Datensammler und Überprüfung von einbezogenen ländlichen und städtischen Panchayats.

ERGEBNISSE

Quantitative Studienergebnisse

Schuldknechtschaft ist die am weitesten verbreitete Methode der Versklavung von Menschen in Indien. Untersuchungen der letzten Jahre ergaben, dass die geschätzte Zahl von Menschen, die in sklavereiähnlichen Bedingungen leben, in Südasien am höchsten ist. Bisher gab es jedoch nur wenige Untersuchungen, die auf Grundlage von Interviews mit Arbeitern Auskunft über die Prävalenz innerhalb des Landes oder eines Bundesstaates geben und damit Beamten auf nationaler, bundesstaatlicher oder Bezirksebene eine relevante Entscheidungsgrundlage bieten.

Daher war das Ziel der Studie eine statistische Beschreibung des Ausmaßes und der Charakteristiken von Schuldknechtschaft in Tamil Nadu, Indien. Laut verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen ist Tamil Nadu führender Bundesstaat bei der Durchsetzung des Gesetzes zur Abschaffung von Schuldknechtschaft von 1976. So werden besonders die Bemühungen von Staats- und Bezirksbeamten betont, zügig auf Fälle von Schuldknechtschaft zu reagieren, Kapazitäten von zuständigen Beamten aufzubauen und Fälle proaktiv zu verfolgen.

Obwohl die Praxis der Schuldknechtschaft in Indien verboten ist, ergeben die Studienergebnisse Schätzungen von 463.000 betroffenen Arbeitern (oder 29,9 %) in den elf untersuchten Branchen in Tamil Nadu. In allen untersuchten

Branchen fanden sich Fälle von Schuldknechtschaft, dabei lag die niedrigste Prävalenzrate bei 7,7 %.

Demographische Merkmale betroffener Arbeiter in Tamil Nadu

Obwohl in den untersuchten Branchen der geschätzte Frauenanteil (872.800) der Arbeiter höher lag als der Männeranteil (674.600), war die Prävalenz der Schuldknechtschaft unter den Männern (36,5 %) viel höher als bei den Frauen (24,8 %). Bei der Gruppe der bis 30-jährigen waren 46,3 % der Arbeiter von Schuldknechtschaft betroffen.

Migration und eingeschränkte Freizügigkeit oder Beschäftigungsfreiheit

Die Zahl der betroffenen Wanderarbeiter (Personen, die auf der Suche nach einer Arbeit sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres Bundesstaates reisen) war mehr als dreimal höher als die Zahl der Betroffenen hiesigen Arbeiter.

Schätzungen der Mindestlohnzahlung und des Erhalts von Vorschüssen

Insgesamt wurden 36,9 % aller Arbeiter unter dem Mindestlohn bezahlt. Unter den Betroffenen von Schuldknechtschaft lag die Zahl der Unterbezahlten jedoch bei 60,8 %. Die Branchen mit den meisten Verstößen waren Streichholz- und Feuerwerksfabriken (69,1 %), Ziegelbrennereien (54,3 %) und Reismühlen (53,9 %).

Prävalenz von Schuldknechtschaft

Die höchsten Raten von Schuldknechtschaft wurden in Ziegelbrennereien (63,7 %), Textilbetrieben (61,9 %) und Steinbrüchen (59,2 %) festgestellt. Allein in der Textilindustrie arbeiten derzeit in Tamil Nadu schätzungsweise 237.900 Arbeiter in Schuldknechtschaft.

Qualitative Datenanalyse

Die Interviews und sekundären Quellen ergaben fünf primäre Ergebnisse:

Unzureichende Existenzsicherung

Es gab zwei Hauptgründe für die Existenzunsicherheit: (1) die Auszahlung niedriger Löhne und (2) unregelmäßiges Einkommen aufgrund der Abhängigkeit ihrer Arbeit von Witterungsverhältnissen. Das Fehlen eines kontinuierlichen und nachhaltigen Einkommens schien die größte Sorge der Arbeiter zu sein und führte zu weiterer Verwundbarkeit, Ausbeutung und sogar Zwangsmigration.

Fehlende wirtschaftliche Möglichkeiten

In vielen Situationen gingen Arbeiter aufgrund ihrer Ausbildung und ihrer Fähigkeiten davon aus, dass die Arbeit in den Industrien und Betrieben in ihrer direkten Umgebung ihre einzigen Optionen sind. Hinzu kommt, dass Wanderarbeiter aus anderen Bundesstaaten massiv ausgebeutet

wurden. In der Landwirtschaft stellte sich die Mechanisierung von Teilen des Produktionszyklus als Herausforderung für einige Arbeiter heraus.

Schlechte, mangelhafte oder schädliche Lebens- und Arbeitsbedingungen

In einigen Industriezweigen bedingten Produkte, die Arbeiter herstellten oder an denen sie arbeiteten, schädliche Arbeitsbedingungen. In einigen Betrieben war die abzu leistende Arbeitszeit spürbar hoch. Manche Betriebe befanden sich in Gebieten mit begrenzter Infrastruktur und sind daher für die Handwerksarbeit riskant. Dies schloss fehlende sanitäre Einrichtungen, Trinkwasser zum Kochen und Trinken und eine gute Straßen- und Verkehrsanbindung mit ein.

Obwohl die Praxis der Schuldknechtschaft in Indien verboten ist, ergeben die Studienergebnisse Schätzungen von 463.000 betroffenen Arbeitern (oder 29,9 %) in den elf untersuchten Branchen in Tamil Nadu.





Reisernte in Indien: Viele Arbeiter werden in der Landwirtschaft ausgebeutet

Gewalt

Die Datensammler dokumentierten in 132 Betrieben das Vorkommen von Gewalt – sowohl physischer, psychischer als auch verbaler Natur. Dies waren überwiegend Betriebe der Textilindustrie, aber auch in Ziegelbrennereien, landwirtschaftlichen Betrieben, Baumfällanlagen, auf Plantagen, in Streichholz- und Feuerwerksfabriken, Steinbrüchen, Fischfarmen, Bauernhöfen und Reismühlen begegneten ihnen Fälle von Gewalt.

Ausbeuterische Kinderarbeit

Die Zahl der Betriebe mit offensichtlich erzwungener oder ausbeuterischer Kinderarbeit war niedrig, aber die Gesamtzahl der Arbeiter in diesen Betrieben ging in die Tausende und sowohl Erwachsene als auch Kinder erlebten schreckliche Zustände. In einigen Betrieben waren jedoch fast alle Arbeiter Kinder. Die Studie dokumentierte, dass Kinder, die unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten, niedrige oder gar keine Löhne erhalten.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Studie zeigt deutlich, dass Schuldknechtschaft in ganz Tamil Nadu verbreitet ist, sowohl geografisch als auch in allen untersuchten Branchen. Die Frage der Schuldknechtschaft geht über ein Beschäftigungsproblem hinaus; sie ist im Kern ein Verbrechen, das die Grundfreiheiten der Menschen verletzt und eine Reaktion der Regierung erfordert. Der Staat sollte die Umsetzung des Gesetzes zur Abschaffung von Schuldknechtschaft von 1976 und andere damit zusammenhängende Strafgesetze, einschließlich des indischen Strafgesetzbuches 370, mit Priorität voranbringen. Dazu müssen angemessene Rechenschaftsmechanismen etabliert werden, die eine nachhaltige Beendigung dieses weitverbreiteten Verbrechens ermöglichen. Darüber hinaus sollte der Staat gefährdete Gruppen durch Sensibilisierungs- und Wissensbildungsmaßnahmen stärken und die Anzeige von Fällen von Schuldknechtschaft fördern.

Der Staat sollte den Mindestlohn in jeder Branche durchsetzen und nachhaltigere Möglichkeiten und Schutzmaßnahmen für Arbeiter schaffen, die sich und ihre Familien ernähren müssen. Angesichts des hohen Anteils von Arbeitern, die außerhalb ihres Heimatbezirkes ausgebeutet werden, sollten die Bundes- und Landesregierungen sichere Migration innerhalb und zwischen Bezirken und Bundesstaaten in ganz Indien sicherstellen.

Zusätzlich zu den oben genannten politischen und programmatischen Empfehlungen zeigt die aktuelle Studie den Bedarf an zukünftigen Forschungsmöglichkeiten zur Untersuchung von Art, Umfang, Erscheinungsformen und Folgen der Schuldknechtschaft auf.

1 — Panchayats bezeichnen in Indien Gemeinderäte in ländlichen Gebieten sowie Bezirksparlamente in Kleinstädten, die für die Organisation und kommunale Selbstverwaltung des jeweiligen Dorfes bzw. der jeweiligen Kleinstadt seit 1992 gesetzlich verantwortlich sind.



Kambodscha ist sowohl Herkunfts-, Transit- als auch Zielland von Menschenhandel. Betroffene sind Männer, Frauen und Kinder.

04 Arbeitssklaverei in Kambodscha

Die Leistungsfähigkeit des Rechtssystems

IJM arbeitete 14 Jahre lang mit der kambodschanischen Justiz zusammen, um Fälle von sexueller Ausbeutung von Kindern zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen. Dabei konzentrierte sich IJM geografisch auf die drei Gebiete mit den größten Märkten für den Sexhandel mit Kindern in Kambodscha: Phnom Penh, Siem Reap und Sihanoukville.

Während dieser Zeit arbeiteten IJM Experten mit der Anti-Menschenhandels- und Jugendschutzpolizei (Anti-Human Trafficking and Juvenile Protection, AHTJP), dem Sozialministerium und Gerichtsbeamten zusammen und leisteten technische Unterstützung und Mentoring bei Einzelfällen von Sexhandel. Hunderte Fälle wurden auf diese Weise auf ihrem Weg durch die Pipeline des kambodschanischen Rechtssystems von IJM Kambodscha begleitet. Dabei wurden Ermittlungen aktiv unterstützt, mehr als 500 Betroffene befreit, die Verurteilung von über 200 Kriminellen sichergestellt, Betroffene von Menschenhandel vor Gericht vertreten und eine hochwertige Nachsorge der Betroffenen durch unsere Mitarbeiter und Nachsorgepartner in ganz Kambodscha sichergestellt.

Anfang 2016 beendete IJM das Programm gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern, da eine signifikante Verringerung der Prävalenz von ausgebeuteten Minderjährigen festgestellt werden konnte und die kambodschanische Regierung verbleibende Fälle zuverlässig und professionell bearbeitete. Dadurch konnte das kambodschanische IJM Projektbüro den Fokus der Zusammenarbeit mit der Polizei, Staatsanwaltschaft und den Gerichten neu ausrichten und ermittelt nun Fälle inländischer und grenzüberschreitender Arbeitssklaverei. Das Team kann dabei auf einem bereits bestehenden erfolgreichen System zur Bekämpfung von Menschenhandel sowie den starken Beziehungen zu Regierungsbeamten und Partnerorganisationen aufbauen.

Das Anfang 2016 neu begonnene zweijährige Projekt wurde im Rahmen des von Winrock International durchgeführten USAID-Programms zur Bekämpfung von Menschenhandel in Asien ermöglicht. Auch hier arbeitet IJM erneut mit der Regierung zusammen, um Betroffene zu befreien und zu begleiten, Straftäter zu verfolgen, Justizbeamte zu stärken und sicherzustellen, dass Opfer von Menschenhandel Zugang zum Rechtssystem haben.

Die Daten weisen darauf hin, dass Arbeitssklaverei in der Region Südostasien nach wie vor ein allgegenwärtiges, gravierendes Problem bleibt. Dementsprechend ist es

erforderlich, die Fortschritte, die in der Bekämpfung von Sexhandel bereits erreicht wurden, zu festigen, weiter zu verbessern und auf die Bekämpfung von allen Formen des Menschenhandels auszuweiten.

Kambodscha ist sowohl Herkunfts-, Transit- als auch Zielland von Menschenhandel. Betroffene sind Männer, Frauen und Kinder. Schätzungen neuerer Studien gehen davon aus, dass bis zu 256.800 Kambodschaner in moderner Sklaverei leben, viele von ihnen in der Fisch- und Meeresfrüchteindustrie, dem verarbeitenden Gewerbe und in Zwangsehen.

Hunderttausende kambodschanische Arbeiter wandern jedes Jahr im In- und Ausland und nehmen risikoreiche Arbeitsstellen in schlecht regulierten Märkten an, was ihre Anfälligkeit für Ausbeutung erhöht. Eine Studie des Inter-Agency Project on Human Trafficking der Vereinten Nationen von 2013 berichtet, dass mindestens 20 Prozent der monatlich 10.000 aus Thailand abgeschobenen Kambodschaner Opfer von Menschenhandel sind. Das sind 24.000 zurückkehrende Betroffene pro Jahr.

Um eine Grundlage für die neue Fallarbeit und Förderung der Regierungskapazitäten zu schaffen, führte IJM eine Bestandsaufnahme der Leistungsfähigkeit des kambodschanischen Rechtssystems bei Fällen von Arbeitssklaverei durch und identifizierte Stärken und Schwächen.

Den vollständigen Bericht „Labor Trafficking in Cambodia: A Review of the Public Justice System's Response“ finden Sie unter ijm-deutschland.de/s/studien.

METHODIK

Die Studie verbindet Daten aus qualitativen Tiefeninterviews von Entscheidungsträgern mit Daten aus der Fallarbeit von IJM zu Arbeitssklaverei sowie einem Literaturüberblick von Berichten, Programmevaluationen, Assessments und empirischen Studien. Die im Bericht präsentierten Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen basieren auf dem Abgleich von Daten aus unterschiedlichen Quellen.

Das IJM Projekt gegen Arbeitssklaverei begann im Februar 2016. Die Daten des Berichtes stammen aus neun Monaten Fallarbeit. Obgleich diese Fallarbeit wertvolle Einblicke in die aktuelle Funktionsfähigkeit des Rechtssystems

bot, ist dies ein vergleichsweise kurzer Zeitrahmen, denn viele der vom IJM Team in Kambodscha eröffneten Fälle sind noch nicht vor Gericht.

ERGEBNISSE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Identifikation von Opfern

Anfang 2016 veröffentlichte das National Committee for Counter Trafficking in Persons (früher bekannt als National Committee for Counter Trafficking oder NCCT) die Richtlinie zu Form und Prozessen der Identifikation von Opfern des Menschenhandels und deren angemessener Unterstützung (weiter „Opferidentifikations-Richtlinie“). Diese Richtlinie wurde von einem vom NCCT eingerichteten Komitee unter der Leitung des kambodschanischen Ministeriums für Soziales, Veteranen und Wiedereingliederung von Jugendlichen mit Beteiligung anderer relevanter Ministerien und technischer Unterstützung einer von USAID finanzierten Initiative gegen Menschenhandel entwickelt.

Empfehlungen: Sobald Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen mit der Anwendung der Opferidentifikations-Richtlinie beginnen, sollte das NCCT Rückmeldungen einholen und die Richtlinie entsprechend anpassen und weiterentwickeln. Bereits laufende Schulungen von Beamten, die Ersthelfer bei Fällen von Menschenhandel sind (u.a. örtliche Polizei, staatliche Beamte des Sozialsystems, Grenz- und Zollbeamte, NGO-Mitarbeiter, etc.), sollten weitergeführt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass diese Beamten die Richtlinie zur zügigen und genauen Identifizierung der Opfer entsprechend anwenden können und Betroffene dann für die forensische Befragung entsprechend an die Beamten der AHTJP, sowie an das Sozialamt und etwaige weitere Ämter weiterleiten können.

Strafrechtliche Ermittlungen

Menschenhandelsverbrechen sind komplex und erfordern eine spezielle Ausbildung der Ermittler. Als Teil der kambodschanischen Nationalpolizei ist die AHTJP verantwortlich für die Leitung dieser Fälle. Die AHTJP hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten mit erfahrenen Menschenhandelsexperten zusammengetan, um die Kompetenzen und das Fachwissen der geschulten Beamten weiter zu verbessern. Da aufgrund von Versetzungen oder Pensionierungen von erfahrenen Beamten regelmäßig neue Beamte die Einheit verstärken, bedarf es andauernder Schulungen, um das Wissen und die Fähigkeiten der Einheit als Gesamtheit auf demselben Level zu halten.

Empfehlungen: Um das Level der Spezialisierung und Professionalität der AHTJP aufrechtzuerhalten, sollten Unterrichtseinheiten zu Menschenhandel fest in die Ausbildung der Beamten der kambodschanischen Nationalpolizei eingebunden und ein Kader von Fachtrainern entwickelt werden.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts arbeitet die kambodschanische Polizeiakademie gemeinsam mit

IJM und der Internationalen Organisation für Migration an der Entwicklung und Institutionalisierung an einem solchen nationalweiten Lehrplan zu Menschenhandel für alle Rekruten sowie an einem spezialisierten, vertiefenden Kurs für Mitglieder der AHTJP.

Spezielle Schulungen zu Menschenhandel sollten auch für Beamte bereitgestellt werden, die in den letzten zwei bis drei Jahren keine Schulungskurse absolviert haben, sowie für die Grenzpolizei und andere Einheiten, die mit Opfern von Menschenhandel in Berührung kommen. Dabei sollten Schulungen von Beamten in Regionen, in denen Arbeitsklaverei besonders prävalent ist, mit Priorität behandelt werden, ebenso wie Beamte, die am ehesten Befragungen von Betroffenen und Ermittlungen von Menschenhandelsfällen durchführen, sowie neue Rekruten und weibliche Beamte. Schulungen sollten in Khmer abgehalten werden, sodass alle Beamten Zugang zu diesen Materialien haben.

Umgang der Strafverfolgungsbehörden mit Opfern und Zeugen

Die Zusammenarbeit mit Opfern und Zeugen ist entscheidend für die erfolgreiche Ermittlung und Verfolgung von Menschenhandelsfällen. Ermittlungen sind weitgehend auf Opferaussagen angewiesen, um Täter zu identifizieren und Fälle voranzubringen. Viele der Betroffenen leiden jedoch unter psychologischen Folgen des Traumas. Dies erfordert, dass Betroffene von Beamten während des gesamten Ermittlungs- und Strafrechtprozesses mit besonderer Sensibilität behandelt werden.

Empfehlungen: Die AHTJP sollte Richtlinien zur Durchführung von Opferbefragungen entwickeln. Darin sollten die Beschreibung von opfersensiblen Praktiken und fundierten forensischen Interviewtechniken enthalten sein. Ebenso muss sichergestellt werden, dass diese Richtlinien in allen Schulungen behandelt werden. Polizei und NGOs sollten proaktiv Opfer bestärken und sie zur Unterstützung der strafrechtlichen Verfolgung der Täter ermutigen. Die Gerichte sollten darauf hinwirken, dass Gerichtsurteile zur Opferentschädigung zügig und effizient vollstreckt werden.

Proaktive Untersuchung von Fällen

Stakeholder äußerten häufig den Bedarf eines höheren Reisekostenbudgets für die Untersuchung von Fällen von Arbeitsausbeutung durch die Strafverfolgungsbehörden. Aufgrund des Charakters der Straftat und des nicht-stationären und migratorischen Verhaltens vieler Opfer erfordern Ermittlungen oft Reisen in die Herkunfts- und Transitregionen sowie in die Zielländer für Befragungen, Treffen mit Regierungsbehörden und das Sammeln von Informationen. Alle Beteiligten berichteten, dass die Beamten bei der Durchführung von Ermittlungen zu Arbeitsklaverei Verzögerungen und Schwierigkeiten beim Zugriff auf ihre Reisekostenbudgets hatten und regelmäßig Unterstützung von anderen beteiligten Ämtern für einen Teil der damit verbundenen Kosten anfordern mussten.



Die Zusammenarbeit mit Opfern und Zeugen ist entscheidend für die erfolgreiche Ermittlung und Verfolgung von Menschenhandelsfällen.

Empfehlungen: Um die Leistungsfähigkeit der Strafverfolgung zur nachhaltigen und proaktiven Bearbeitung von Menschenhandelsfällen zu verbessern, sollten das Reisekostenbudget erhöht und Prozesse zur Abrufung der Mittel beschleunigt werden.

Befugnisse bei verdeckten Ermittlungen

Stakeholder berichteten, dass die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden in Fällen von Menschenhandel oft durch das Fehlen klarer Regelungen für verdeckte Ermittlungen behindert werden. Während die Strafverfolgung in Kambodscha bei Drogendelikten regelmäßig verdeckte Ermittlungstechniken einsetzt, besteht im kambodschanischen Recht derzeit Unklarheit, was die Rechtmäßigkeit in Ermittlungen von Menschenhandel betrifft.

Verdeckte Ermittlungen beinhalten die Interaktion von Justizbeamten mit einer Person, einer Gruppe oder einem Ort, der im Mittelpunkt einer gesetzlich genehmigten Untersuchung steht, um Informationen und/oder Beweise für kriminelle Aktivitäten zu sammeln, ohne jedoch als Polizeibeamter identifiziert zu werden. Soweit dies möglich ist, versucht die Polizei so viele Informationen und Beweise wie möglich durch Überwachung zu sammeln. Wenn hierdurch jedoch nicht ausreichend Beweise gesammelt werden können, werden verdeckte Ermittlungstechniken unerlässlich.

Verdeckte Ermittlungstechniken einschließlich des Einsatzes von Audio- und Videotechnologie sind extrem effektiv für die Bekämpfung von komplexen, versteckten Verbrechen wie Menschenhandel, an denen oftmals kriminelle Netzwerke und Organisationen beteiligt sind. Eine angemessene und ethische Anwendung ist möglich, wenn klare Richtlinien und Beschränkungen des Gebrauchs vorhanden sind und die Befugnis spezialisierten Einheiten vorbehalten ist.

Zeigt die Polizei bei ihren Ermittlungen unangemessenes Verhalten, Verstrickungen oder mangelnde Beweise, kann das Gericht die Klage abweisen. Kambodscha verfügt bereits über diese Kontrollen und Rechenschaftspflichtverfahren, die einen angemessenen Einsatz durch die AHTJP sicherstellen würden.

Empfehlungen: Der Justizminister sollte in Absprache mit dem Innenministerium und dem NCCT einen schriftlichen Leitfaden herausgeben, der den aktuellen Rechtsrahmen klärt und den Einsatz verdeckter Ermittlungsbefugnisse in Fällen von Menschenhandel erlaubt



und verordnet. Diese Klarstellung sollte so schnell wie möglich an die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte kommuniziert werden.

Verfolgung von Straftätern

Die Daten aus Fallstudien und Stakeholder-Interviews zeigten, dass die Bearbeitung von Menschenhandelsfällen oftmals zum Stillstand kam, weil Schwierigkeiten zwischen der Polizei, Staatsanwaltschaft und den Ermittlungsrichtern eine effektive Zusammenarbeit behinderten. Die Daten wiesen darauf hin, dass unklare Prozessstrukturen und Richtlinien für Staatsanwälte und Untersuchungsrichter beim Umgang mit der Strafverfolgung zum Sammeln der Beweismittel sowie der Weiterverfolgung von Fällen die Qualität von Fällen vor Gericht ernsthaft beeinträchtigen.

Empfehlungen: Die Führungsriegen des Innenministeriums und des Justizministeriums sollten Richtlinien oder Verfahrensweisen für die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft in Fällen von Menschenhandel entwerfen und umsetzen. Diese sollten spezifisch darauf eingehen, wie Strafverfahren und Menschenhandelsgesetze in der Praxis umgesetzt werden sollen.

Außergerichtliche Vereinbarungen

Stakeholder nannten bei Verbrechen von Arbeitssklaverei mehrere Fälle, in denen Täter wie auch Vermittlungsagenturen den Opfern unter der Hand Geldzahlungen anboten, damit diese und ihre Familien die Anzeigen fallen ließen. In manchen Fällen assistierten Justizbeamte oder Anwälte bei den Zahlungsverhandlungen zwischen den beiden Parteien.

Während dieser Ansatz den Betroffenen und ihren Familien zwar eine kleine und sofortige finanzielle Unterstützung bietet, stellt dies keine angemessene Entschädigung für die Opfer dar und ist ein beachtliches Hindernis für das Rechtssystem: Wenn Täter verarmten Opfern einen eher symbolischen Betrag außerhalb des rechtlichen Prozesses zahlen dürfen, anstatt für ihre Verbrechen rechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden, führt das nicht zur Abschreckung, sondern erlaubt es Kriminellen, gefährdete Kambodschaner weiter auszubeuten oder ermutigt sie sogar dazu. Die angebotenen Geldbeträge liegen in der Regel weit unter den Beträgen der Löhne, die den Opfern zustünden, und bieten keineswegs eine Entschädigung für das zugefügte Leid.

Empfehlungen: Justizbeamte und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen müssen solche außergerichtlichen Zahlungen, die nur dazu führen, dass Strafanzeigen fallengelassen werden, verhindern. Staatsanwälte und Richter sollten sich proaktiv nach den Gründen erkundigen, weshalb ein Opfer die Anzeige wegen Menschenhandel zurückgezogen hat und jeden strafrechtlich verfolgen, der versucht ein Opfer dahingehend zu beeinflussen oder unter Druck zu setzen.

Erfassung und Erhebung genauer Daten aus Strafprozessen

Derzeit liegen nur wenige genaue Zahlen zu Verhaftungen, Anklagen und Verurteilungen (sowie Freisprüchen) in Fällen von Menschenhandel vor. Diese Daten sind jedoch äußerst wichtig für das Verständnis darüber, wie sich derartige Verbrechen über die Zeit verändern, um die Qualität und Wirksamkeit der Strafprozesse zu bewerten und um angemessene strategische Entscheidungen treffen zu können.

Empfehlungen: Das Justizministerium sollte dem NCCT und anderen Stakeholdern regelmäßig über Fallzahlen und -informationen von Menschenhandel berichten, unter

anderem sollten hier Informationen bezüglich Anklagen, Verurteilungen und Freisprüchen aus jeder Provinz enthalten sein. Außerdem sollte das Ministerium einfache und benutzerfreundliche Verfahren einführen, mit denen diese grundlegenden Daten in jedem Gericht erhoben werden können.

Genauere Kenntnis und Anwendung von Anti-Menschenhandelsgesetzen

Stakeholder berichteten, dass ihrer Erfahrung nach viele der Untersuchungsrichter und Staatsanwälte über ein solides Verständnis des Anti-Menschenhandelsgesetzes (Law on Suppression of the Kidnapping and Trafficking of Human Persons and Exploitation of Human Persons) verfügen. Aufgrund der Komplexität der Verbrechen im Bereich Menschenhandel zu Zwecken der Arbeitsausbeutung kann es jedoch für das Gerichtspersonal schwierig sein, die Einzelheiten des Gesetzes korrekt auf die Fälle von Menschenhandel und Arbeitssklaverei anzuwenden.

Empfehlungen: Um sicherstellen zu können, dass alle Gerichtsbediensteten über ein differenziertes Verständnis der Anwendung des Anti-Menschenhandelsgesetzes bei Fällen von Arbeitssklaverei verfügen, sollten Schulungen über das Gesetz und dessen Anwendung bereits in die Ausbildung des Justizpersonals integriert werden. Diese sollten ebenfalls für bereits amtierendes Personal angeboten werden. Sie sollten darüber hinaus auch vermitteln, welche wichtige Rolle und Verantwortung Untersuchungsrichter und Staatsanwälte für eine erfolgreiche Strafverfolgung der Menschenhändler haben. Das Justizministerium sollte Richtlinien entwickeln, die die Vorgehensweise der Gerichte in Fällen von Menschenhandel einheitlich festlegen, um eine größere Kohärenz in der Anwendung des Gesetzes und der Strafverfolgung der Täter zu schaffen.

Rücksichtsvoller Umgang mit traumatisierten Opfern

Die Daten zeigten, dass im strafrechtlichen und gerichtlichen Umgang mit den Opfern und Zeugen ein wesentliches Hindernis für eine erfolgreiche Strafverfolgung liegt. Während manche Staatsanwälte und Richter ein opfersensibles und auf Trauma spezialisiertes Verfahren anwenden, um die Betroffenen während des Gerichtsprozesses zu schützen und zu stärken, wurden diese Praktiken noch nicht in allen Gerichten einheitlich institutionalisiert.

Empfehlungen: Das Justizministerium sollte bewährte Verfahren, sogenannte Best Practices, für die Behandlung von Opfern und Zeugen in allen Gerichten erster Instanz einführen, diesbezügliche Schulungen in der Justizakademie einführen und für alle Staatsanwälte und Richter verfügbar machen. Diese Best Practices umfassen eine gute Vorbereitung der Opfer für den Gerichtsprozess und den Einsatz von Videoaufzeichnungen zur Aufnahme der Zeugenaussagen, um Mehrfachbefragungen zu minimieren. Die kambodschanische Anwaltskammer sollte Anwälten eine vergleichbare Schulung anbieten.

Nachsorge

Die Nachsorge für Betroffene von Menschenhandel ist eine besonders wichtige Komponente eines effektiven Rechts- und Sozialsystems. Ohne ein sicheres und beständiges Lebens- und Arbeitsumfeld und Möglichkeiten, das erfahrene Trauma oder andere daraus resultierende psychologische Folgen zu bewältigen, sind Betroffene von Menschenhandel äußerst anfällig für eine erneute Viktimisierung.

Empfehlungen: Damit Projekte durchgeführt und Opfer von Menschenhandel nachhaltige und proaktive Unterstützung erhalten können, sollten die Dienste sozialer Einrichtungen verstärkt, die personellen und betrieblichen Mittel des Sozialministeriums aufgestockt und der Zugang zu und die Verwaltung von Betriebsmitteln durch die Angestellten verbessert werden.

Unterstützung von Migranten und ausgewiesenen Personen

Das Sozialministerium betreibt in Poipet an der thailändisch-kambodschanischen Grenze das Poipet Transit Center, welches Frauen und Kinder unterstützt, die als Opfer von Menschenhandel identifiziert und aus Thailand ausgewiesen wurden. Aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln hatte das Poipet Transit Center Schwierigkeiten, den vollen Betrieb aufrecht zu erhalten. Kürzlich wurde jedoch erneute finanzielle Unterstützung bereitgestellt. Die Mehrheit der in Poipet als Opfer von grenzüberschreitendem Menschenhandel Identifizierten sind Männer. Sie wurden oftmals auf Baustellen oder in der Fischereiindustrie in Thailand ausgebeutet. Die Betroffenen werden in Thailand jedoch häufig nicht als Opfer von Menschenhandel anerkannt, sondern wie illegale Migranten behandelt. Somit werden die Opfer erst nach ihrer Rückkehr nach Kambodscha auch als Opfer von Menschenhandel identifiziert.

Empfehlungen: Das Sozialministerium sollte eine nachhaltige Finanzierungsquelle sicherstellen, die eine langfristige Betriebsfähigkeit des Poipet Transit Centers gewährleistet. Die Einrichtung sollte ihre Dienste Männern wie auch Frauen und Minderjährigen anbieten und Betroffene unterstützen, die sowohl in Thailand als auch Kambodscha als Opfer von Menschenhandel identifiziert wurden. Des Weiteren sollte das Poipet Transit Center sowohl gefährdete Menschen als auch tatsächliche Opfer von Menschenhandel unterstützen und sie mit medizinischer Hilfe, Unterkunft und Essen versorgen. Die Einrichtung sollte schließlich einen sicheren und erschwinglichen Rücktransport der Betroffenen in ihre Heimat organisieren und sie dort an weitere lokale Nachsorgeeinrichtungen verweisen.

Darüber hinaus sollten die Mitarbeiter des Transit Centers proaktiv nach Opfern von Menschenhandel suchen und diese als solche identifizieren, indem sie die NCCT-Opferidentifizierungsrichtlinie für Ausgewiesene und andere gefährdete Rückkehrer aus Thailand anwenden. Soweit es die Finanzierung zulässt, sollte das Sozialministerium die Einrichtung weiterer Transitzentren an anderen Grenzübergängen wie Koh Kong, Battambang, Svay Rieng usw. in Betracht ziehen.

Spezifische Bedürfnisse der Betroffenen von Arbeitssklaverei

Stakeholder berichteten, dass die Bezirksbeamten des Sozialministeriums in der Lage sind, auf Hinweise insbesondere zu Opfern von Sexhandel und Brauthandel zu reagieren und Betroffene mit Sozialeinrichtungen in Kontakt zu bringen. Die Stakeholder stellten fest, dass die Beamten jedoch ihre Reaktion und die Vermittlung von Hilfe bei Betroffenen von Arbeitssklaverei, insbesondere männlichen Opfern, weiter verbessern könnten. Da immer mehr Opfer von Arbeitssklaverei identifiziert würden, müssten Bezirksbeamte ihre Fortschritte in der verbesserten Hilfeleistung für Opfer des Sexhandels auch auf Betroffene von anderen Formen des Menschenhandels ausweiten.

Die Daten weisen außerdem auf einen Ressourcenmangel hin, um Betroffene von Arbeitssklaverei bei der Reintegration in ihre Heimatgemeinde und der Verarbeitung des erlebten Missbrauchs zu unterstützen.

Empfehlungen: Es werden Richtlinien des Sozialministeriums benötigt, um Vorgehensweisen (Best Practices) und Mindeststandards für die in den jeweiligen Bezirken geleistete Nachsorge der Betroffenen festzulegen. Diese Leitlinien würden darüber hinaus den Bezirksbeamten ermöglichen, ihre Kapazitäten und Dienste für Betroffene von Arbeitssklaverei sowohl in der kurzfristigen Krisenhilfe als auch der langfristigen Nachsorge auszuweiten.

Koordination zwischen Behörden

Die Befragung der Stakeholder, andere Studien und Erfahrungen aus der Fallarbeit haben gezeigt, dass die Koordination zwischen den Behörden elementar ist für eine ganzheitliche und kohärente Wirkungsweise des Rechtssystems in Bezug auf Menschenhandel. Diese Koordination muss den Datenaustausch, eine gemeinsame Strategie und Zielrichtung, vereinbarte Arbeitsprozesse und Interaktionen umfassen, sowie die Zusammenarbeit in Einzelfällen und Steigerung der Leistungsfähigkeit.

Kambodscha hat mit der Gründung des NCCT im Jahr 2009 einen bedeutenden Meilenstein in dieser Richtung erreicht. Viele der Stakeholder betrachteten dieses Komitee als eine der wichtigsten Errungenschaften der Regierung bei der Bekämpfung des Menschenhandels in den letzten Jahren. Das NCCT steht unter der Leitung des Vorsitzenden Samdech Kralahom Sar Kheng, stellvertretender Premierminister und Innenminister und Ihrer Exzellenz Chou Bun Eng, Staatssekretärin des Innenministeriums und stellvertretende Vorsitzende.

Das Komitee beweist große Kompetenz und eine Voreiterrolle bei der Einbeziehung von Regierungsbehörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen in einen gemeinsamen Dialog, um Fortschritte zu erzielen. Dennoch muss bei der zwischenbehördlichen Zusammenarbeit noch vieles verbessert werden. In der Tat bezeichneten Stakeholder den Mangel an Koordination und Absprache zwischen Regierungsbehörden als eine der Herausforderungen bei Fällen von Arbeitssklaverei. Das NCCT ist in

seiner Funktion geeignet, diesbezügliche Herausforderungen zu adressieren.

Empfehlungen: Das NCCT sollte seine Fähigkeit, Schlüsselakteure zusammenzubringen, weiter nutzen und zusätzliche Ministerien in den Dialog zu Arbeitssklaverei einbeziehen, darunter das Arbeitsministerium und das Außenministerium. Die Fortsetzung der formellen und informellen Treffen zwischen den verschiedenen Regierungsbeteiligten wird ihnen ermöglichen, die jeweiligen Verantwortungsbereiche hinsichtlich Menschenhandel zu verstehen und enge Beziehungen zwischen den verschiedenen Ansprechpartnern der jeweiligen Ministerien und Abteilungen zu bilden.

Das NCCT sollte die Wirksamkeit des kambodschanischen Rechtssystems weiter verbessern, indem der Ausschuss dringend benötigte Initiativen voranbringt, wie zum Beispiel:

- › Optimierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Identifizierung von Opfern, den Ermittlungen und Gerichtsverfahren;
- › Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Identifizierung und der Rückführung von Opfern durch kambodschanische Botschaften in den Zielländern;

Opfer von Menschenhandel erleiden Verluste unterschiedlicher Art, zum Beispiel durch vorenthaltene Arbeitslöhne oder auch durch physische und psychologische Schäden.

- › Verbesserung der Genauigkeit und Koordination elementarer Daten und Fakten zu Menschenhandel von Botschaften, Grenzübergängen, Polizeistellen, Gerichten und Sozialdiensten; und
- › Sicherstellen der Befugnis zu verdeckten Ermittlungen für die Strafverfolgung im Bereich Menschenhandel.

Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium

Wenngleich das Arbeitsministerium nicht direkt in die Strafverfolgung gegen Menschenhandel involviert ist, spielt es doch eine wichtige Rolle zur Sicherstellung, dass Verbrechen von Menschenhandel durch die Justiz verhindert, identifiziert und strafrechtlich verfolgt werden. Die Untersuchung ergab, dass eine starke Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsministerium und den beteiligten Regierungsbehörden eine erhebliche Lücke bei der Bekämpfung von Menschenhandel allgemein darstellte.

Für eine effektive und koordinierte Reaktion der Regierung ist die ministeriumsübergreifende Zusammenarbeit und Transparenz, sowie die Entwicklung und Implementierung formeller Zuweisungsmechanismen zwischen dem Arbeitsministerium und den Strafverfolgungsbehörden elementar. Die Entwicklung universeller Mindestnormen zum Schutz von Arbeitnehmerrechten hätte signifikante Auswirkungen auf die Wirksamkeit und die Umsetzung der Gesetze gegen Menschenhandel: Wenn es klare Standards für die Beschäftigung von Arbeitskräften gibt, ist es wesentlich einfacher, die Ausbeutung einer Person nachzuweisen.

Empfehlungen: Das Arbeitsministerium sollte einen allgemeinen Mindestlohn und andere grundlegende Standards zur Beschäftigung der kambodschanischen



Arbeitnehmer einführen. Das Ministerium könnte überdies einen standardisierten Arbeitsvertrag entwerfen, der für Personalvermittlungsagenturen verpflichtend ist. Das Arbeitsministerium muss in die Entwicklung der Strategie und Informationssammlung und -verbreitung hinsichtlich Arbeitssklaverei mit einbezogen werden und Verdachtsfälle formal an die Strafverfolgungsbehörden verweisen. Gemeinsame Schulungen und Workshops zwischen dem Arbeitsministerium und anderen Regierungsstellen würden einen effektiven Weg darstellen, die zwischenbehördliche Zusammenarbeit zu verbessern.

Daten zur Arbeitsmigration

Nach Aussagen der Stakeholder besteht eines der Hauptprobleme in den fehlenden Daten zu Kambodschanern, die zu Arbeitszwecken ins Ausland ausgewandert sind. Es gibt derzeit kein offizielles und funktionierendes System zur Erfassung von Daten über Wanderarbeitnehmer, wie Angaben zum Arbeitsvertrag, Kontaktstellen für Migranten oder deren nächste Angehörige und Rückkehrstatus.

Empfehlungen: Eine bessere Datenlage zu kambodschanischen Wanderarbeitern im Ausland ist essentiell. Diese Daten könnten durch Personalvermittlungsagenturen gesammelt und gemeldet werden, jedoch sollte das Arbeitsministerium für die Pflege aktueller Daten verantwortlich sein. Dabei müssen das Verlassen von Zielländern, der Arbeitgeber, die Vertragslaufzeit und Kontaktdaten erfasst werden. Dies könnte durch die Zusammenarbeit mit anderen Behörden wie dem Immigrationsamt sichergestellt werden.

Zusammenarbeit mit dem Außenministerium

Obwohl auch das Außenministerium nicht direkt in die Strafverfolgung gegen Menschenhandel involviert ist, hat das Ministerium zur Gewährleistung einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitssklaverei eine ebenso wichtige Rolle wie das Arbeitsministerium. Als Kontaktstelle der kambodschanischen Regierung in die jeweiligen Zielländer trägt das Außenministerium eine äußerst wichtige Verantwortung dafür, dass die Rechte der kambodschanischen Bürgerinnen und Bürger im Ausland geschützt werden. Darunter fällt auch die Gewährleistung von Schutz, Befreiung und Nachsorge der vom internationalen Menschenhandel betroffenen Kambodschaner.

Empfehlungen: In den Botschaften und Konsulaten sollten das Personal sowie die Budgets für Betriebskosten aufgestockt werden, um auf Fälle von Menschenhandel entsprechend reagieren und Betroffene unterstützen zu können. Dazu zählt gegebenenfalls die Unterstützung bei der Identifikation und Befreiung von Opfern, Bereitstellung von Hilfen zur Heimkehr der Betroffenen und Koordination zwischen Regierungsbehörden bei grenzüberschreitender Strafverfolgung. Das Außenministerium sollte in Betracht ziehen, Attachés für Arbeit und Polizei in den Konsulaten der Zielländer von Menschenhandel zu stationieren.

Strukturierte Zusammenarbeit durch gemeinsame Ermittlungsteams

Die Wirksamkeit von zwischenstaatlicher Zusammenarbeit bleibt trotz zahlreicher internationaler Abkommen und Strukturen abhängig von individuellen Beziehungen zwischen Beamten und wird durch bürokratische Hürden gebremst. Stark fokussierte und spezifisch ausgerichtete Projekte, die innerhalb der internationalen Verträge und bestehenden Kooperationsmechanismen durchgeführt werden, würden vor Ort zu konkreten Ergebnissen führen. In anderen Regionen bestehen bereits spezifische Umsetzungsmodelle, die möglicherweise als Beispiele und Modelle zur Adaption dienen könnten.

Empfehlungen: Es wurden bereits diverse wirksame rechtliche Instrumentarien geschaffen, darunter bilaterale und multilaterale Absichtserklärungen und das Rechtshilfeabkommen der ASEAN. Die Ministerien des Inneren, der Justiz, des Auswärtigen sowie das NCCT sollten Gespräche mit Stakeholdern über die Einrichtung gemeinsamer hochspezialisierter Ermittlungsteams mit den Ländern Thailand, Malaysia und China einleiten; und gegebenenfalls mit der Ausarbeitung spezifischer Rechtsinstrumentarien beginnen, die für die Schaffung einer derartigen Struktur erforderlich sind.

Entschädigung der Opfer

Opfer von Menschenhandel erleiden Verluste unterschiedlicher Art, zum Beispiel durch vorenthaltene Arbeitslöhne oder auch durch physische und psychologische Schäden. Als anerkannte Opfer von Menschenhandel haben die Betroffenen Anspruch auf Entschädigungen. Wenn diese nicht erbracht werden oder nur geringe Hoffnung auf eine solche besteht, hat dies Auswirkungen auf die Motivation der Opfer, sich an der strafrechtlichen Verfolgung der Täter uneingeschränkt zu beteiligen. Studien haben erwiesen, dass die Beteiligung der Opfer die einzig entscheidende Determinante über den Erfolg oder das Scheitern des Gerichtsprozesses ist.

Opfer von Menschenhandel erhalten in Kambodscha leider nur selten eine angemessene Entschädigung, was deren Aussicht auf Genesung beeinträchtigt und die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Strafverfolgung der Täter mindert. Alle Stakeholder hoben hervor, dass dies geändert und die Opfer angemessen entschädigt werden müssen – entweder durch die konsequente Durchsetzung der gerichtlichen Entschädigungsanordnungen oder durch ein staatlich finanziertes Entschädigungsprogramm.

IJM plant, einen umfassenden Überblick über die in anderen Ländern angewandten Systeme zur Opferentschädigung zu veröffentlichen und gleichzeitig einen ausgearbeiteten Vorschlag zur Entschädigung der Opfer in Kambodscha zu unterbreiten.

Empfehlungen: Das NCCT sollte die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung der Opfer von Menschenhandel in die Wege leiten und im Dialog mit Entscheidungsträgern ausloten, auf welchem Wege dieser finanziert und betreut werden kann.



Eine Studie der Vereinten Nationen von 2013 berichtet, dass mindestens 20 Prozent der monatlich 10.000 aus Thailand abgeschobenen Kambodschaner Opfer von Menschenhandel sind.

Globale Lieferketten

Ein elementarer Schritt zur Beendigung von Arbeitssklaverei

Jedes Jahr werden Produkte im Wert von mehr als 30 Milliarden Euro nach Deutschland importiert, bei denen ein Risiko besteht, dass sie unter sklaverei-ähnlichen Bedingungen hergestellt wurden.
— Global Slavery Index

In den vergangenen Jahren haben investigative Journalisten die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit immer wieder auf das Thema Arbeitssklaverei in globalen Lieferketten gelenkt. Aktuell dreht es sich um thailändische Meeresfrüchte. Vor einigen Jahren lag das Augenmerk auf Textilien aus Bangladesch. Als beim dortigen Gebäudeeinsturz des Rana Plaza, das mehrere Textilfirmen beherbergte, mehr als 1.100 Arbeitskräfte starben und Tausende verletzt wurden, erzeugte dies einen Aufschrei über die globalen Unternehmen, die von hier ihre Ware bezogen. Ein paar Jahre zuvor hatten Verbraucher das iPhone boykottiert, als Medien Sklaverei in den Herstellungsfabriken in China und beim Abbau der Rohstoffe in der Demokratischen Republik Kongo aufdeckten.

Die Verantwortung für den Skandal fällt in der Regel auf die globalen Unternehmen zurück. Das können Unter-

nehmen wie Target, Tesco, Gap, J.C. Penny, Apple, Nestlé, Walmart und hunderte andere Marken bestätigen. Textilien, Schokolade, Elektronik, Fisch, Metalle, Ziegel, Blumen und Dutzende anderer Branchen sind voll von Menschenhandel, Arbeitssklaverei, Ausbeutung und Kinderarbeit. Es ist sicher davon auszugehen, dass die nächste besorgniserregende Enthüllung kurz bevorsteht.

Es ist selbsterklärend, dass Unternehmen und Einzelhändler Verantwortung dafür tragen, ihr Möglichstes zu tun, um Sklaverei in ihren Lieferketten festzustellen und auszuräumen. Als marktbasierende Akteure können sie maßgeblich Einfluss auf die Situation von Arbeitskräften innerhalb ihrer Produktionskette ausüben und es Menschenhändlern schwer machen, ihre kriminellen Machenschaften innerhalb dieser fortzuführen. Wir stellen mit Dankbarkeit fest, dass sich hier in den vergangenen Jahren bereits eine Menge getan hat und zahlreiche Unternehmen proaktiv versuchen, dem Problem beizukommen.

Jedoch stellt Sklaverei als versteckte kriminelle Aktivität in Zusammenhang mit Korruption eine massive Herausforderung dar. Die Natur von Arbeitssklaverei innerhalb vieler Branchen wird auch trotz größter Gewissenhaftigkeit ein reales Risiko für Unternehmen innerhalb ihrer Produktionskette darstellen, solange die Regierungen der Produktionsländer ihre Verantwortung für das Problem nicht wahrnehmen.

Denn es sind die Regierungen, nicht die Unternehmen, die die Autorität und die Pflicht haben, nationale Gesetze gegen Zwangsarbeit, Kinderarbeit, Sklaverei und Menschenhandel durchzusetzen. Es sind die lokalen und nationalen Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte, nicht die Führungskräfte der Unternehmen, die die verantwortlichen Täter ermitteln, verhaften, strafrechtlich verfolgen und bestrafen können.

Möglichkeiten zur Reduktion von Ausbeutung

Es gibt vier grundlegende Ansätze für Importeure und Einzelhändler, Arbeitsausbeutung und Sklaverei in Lieferketten zu reduzieren. Alle diese Ansätze leisten einen relevanten Beitrag bei der Beendigung von Sklaverei. Sie ersetzen allerdings nicht das strafrechtliche Vorgehen gegen Täter, die rekrutieren, ausbeuten, profitieren und dabei straflos ausgehen.

Was Unternehmen daher durch Ansätze wie Selbstregulierung, Transparenz, Standards und Schulungen erreichen können bleibt limitiert. Denn ein Unternehmen besitzt keine Strafverfolgungsmechanismen, die kriminelle Aktivitäten von Menschenhändlern und Profiteuren verhindern. Strafverfolgung bleibt der Souveränität des Staates vorbehalten.

Das Vertrauen der Branchen und Verbraucher in solche freiwillige Maßnahmen von Unternehmen dürfen daher nicht zur Schwächung des politischen Willens von Regierungen und der Justiz führen, ausbeuterische Praktiken und kriminelles Verhalten konsequent strafrechtlich zu verfolgen.



Selbstregulierung

Am weitesten verbreitet ist der Ansatz der freiwilligen Selbstregulierung durch Policies oder Verhaltenskodizes. 54% der 500 umsatzstärksten Unternehmen weltweit (Fortune-500) besitzen Richtlinien gegen Menschenhandel; 68% verpflichtet sich zu internen und externen Kontrollen ihrer Lieferketten.¹ Einige der solidesten Richtlinien entwickelten sich im Bereich der Mitarbeiterakquise. Durch diese wurden beispielsweise Praktiken wie die Einbehaltung von Dokumenten und Vermittlungsgebühren verboten. Viele der Unternehmen ziehen auch externe Prüfer hinzu, um die Arbeitsprozesse ihrer Lieferanten auf Kinder- oder Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft zu überprüfen.

Freiwillige Selbstverpflichtungen, Verhaltenskodizes und Betriebsprüfungen können als Überprüfungsmaßstab oder Diagnosewerkzeug dienen, bringen in der Anwendung jedoch auch erhebliche Beschränkungen mit sich. Viele der Betriebsprüfungen finden beispielsweise nur in den obersten Produktionsstufen statt und werden nicht bei Subunternehmern durchgeführt, die im Bereich der geringen Wertschöpfung weiter unten in der Lieferkette involviert sind. Dies sind jedoch erfahrungsgemäß genau die Stufen, in denen sich Sklaverei findet.

Zahlreiche Betriebsprüfungen, darunter auch extern durchgeführte, werden im Voraus angekündigt, wodurch Regelverstöße kaschiert werden können. Auch die beschränkte Zeitspanne des Betriebsbesuchs sowie die begrenzte Anzahl befragter Arbeitskräfte kann schnell dazu führen, dass Missstände übersehen werden. Außerdem verfügen nur wenige der Gutachterfirmen über Ermittlungsbefugnisse, wodurch deren Möglichkeit zur Überprüfung erhaltener Informationen stark eingeschränkt ist.

Vollständige Transparenz der Lieferkette

Ein zweiter Ansatz gegen Arbeitsausbeutung ist der Versuch von Unternehmen, eine vollständige Transparenz innerhalb der Lieferketten zu schaffen – vom Rohmaterial bis zum fertigen Produkt. Die von Menschenrechts- und Umweltgruppen unterstützte Methode der vollständigen Produkttransparenz vom Boot bis auf den Teller, vom Baumwollfeld bis zum fertigen Kleidungsstück und von der Miene bis zum Verbau im fertigen Produkt ermöglicht dem Verbraucher den Zugang zu allen Herstellungsinformationen. Dieser kann dann kompetent entscheiden, welche Unternehmen er auf dieser Grundlage vermeiden möchte.

Der Transparenzansatz erlebte 2012 mit der Verabschiedung des California Transparency in Supply Chains Act einen erheblichen Aufschwung. Das Gesetz verpflichtet jeden in Kalifornien ansässigen Einzelhändler und Hersteller mit einem Bruttoumsatz von mehr als 100.000 US-Dollar, seine Maßnahmen zur Beseitigung von Sklaverei und Menschenhandel aus den unmittelbaren Lieferketten jährlich auf der Unternehmenswebsite offenzulegen. Die Unternehmen müssen überdies Berichte über ihre Bemühungen um Vorgehensweisen zur Kontrolle, Betriebsprüfung, Zertifizierung, interne Rechenschaftspflicht und Schulung veröffentlichen.

Das Gesetz verpflichtet Unternehmen ausschließlich zur Offenlegung vollzogener Maßnahmen und nicht zur Umsetzung bestimmter Auflagen. Ähnlich verhält es sich in Großbritannien mit dem 2015 verabschiedeten Modern Slavery Act. Dieser nimmt Unternehmen in Großbritannien mit mindesten 36 Millionen Pfund Umsatz in die Pflicht, über vollzogene Maßnahmen zur Beendigung ausbeuterischer Arbeit in ihren Lieferketten zu berichten.

Die Transparenzbewegung ist insofern wichtig, als dass sie Unternehmen motiviert, ihre Lieferketten genauer unter die Lupe zu nehmen und somit Innovation unter den Besten fördert. Dies kann durchaus ein Sprungbrett hin zu allgemeingültigen Standards sein.

Standards und wirtschaftliche Anreize

Ein dritter Ansatz, Sklaverei und Kinderarbeit aus der Produktion zu verbannen, besteht darin, Industriestandards festzulegen. Anhand derer sollen marktbasierende Anreize geschaffen und zertifizierte Akteure ausgewiesen werden, damit andere Unternehmen diesem Beispiel folgen und sich von schmutzigen Lieferketten abwenden.

Die Nichtregierungsorganisation Goodweave, die sich für die Beseitigung von Kinderarbeit in der Produktion handgefertigter Teppiche einsetzt, ist ein herausragendes Beispiel dafür. Goodweave vergibt Siegel für Teppiche aus Nepal, Afghanistan und Indien, die ausschließlich von Erwachsenen hergestellt und deren Produktion durch Goodweave regelmäßig kontrolliert und zertifiziert wurde.

Schulungen und Aufklärung

Andere Ansätze sind präventiver Natur, wie Schulungen zu Management und zur Identifizierung und Meldung von Verdachtsfällen. Multilaterale Organisationen wie die International Labour Organization und die International Organization for Migration betonen den Wert von Schulungen und der Aufklärung gefährdeter Arbeitnehmer. Informationen über Arbeitsbedingungen und Rekrutierungspraktiken können durch Meldungen von diversen Beteiligten über die sogenannte Crowdsourcing-Methode eingeholt werden.

Wer trägt die Verantwortung?

Es existieren bereits innovative Entwicklungen und Bemühungen seitens der Medien, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen, um Produktionsbedingungen zu hinterfragen. Dazu gehören die Schaffung von Marktanreizen für Unternehmen zur Einhaltung guter Arbeitsbedingungen und die Stigmatisierung von Industriebranchen, in denen Sklaverei Usus ist. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass diese Ansätze alleine – so wertvoll sie auch sind – gewalttätige, profitable und kriminelle Praktiken wie Arbeitssklaverei beenden können.

Während Unternehmen bei der Beendigung von Menschenhandel in globalen Lieferketten einen entscheidenden Beitrag leisten müssen, sprechen die UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten in ihrem



Unternehmen können maßgeblich Einfluss auf die Situation von Arbeitskräften innerhalb ihrer Produktionskette ausüben und es Menschenhändlern schwer machen, ihre kriminellen Machenschaften innerhalb dieser fortzuführen.

ersten Grundprinzip die Verantwortung für den Schutz von Einzelpersonen vor Sklaverei und Ausbeutung den Regierungen zu: „Staaten müssen den Schutz vor Menschenrechtsverletzungen gewähren, die in ihrem Hoheitsgebiet und/oder ihrer Jurisdiktion von Dritten, einschließlich Wirtschaftsunternehmen verübt werden. Dies setzt voraus, dass sie durch wirksame Politiken, Gesetzgebung, sonstige Regelungen und gerichtliche Entscheidungsverfahren geeignete Maßnahmen treffen, um solche Verletzungen zu verhüten, zu untersuchen, zu ahnden und wiedergutzumachen.“² Doch welche Verantwortung tragen dann Investoren, Importeure und Einzelhändler?

Möglicherweise besteht der erste Auftrag an Unternehmen darin zu verstehen, dass es sich bei Arbeitssklaverei um ein gewalttätiges Verbrechen handelt, einer berechneten Tat durch eine Person, die von der Schutzlosigkeit einer anderen Person gezielt profitiert und dabei keine Konsequenz fürchtet. Um Arbeitnehmer vor Ausbeutung und Schaden innerhalb

der Lieferketten zu schützen und um Täter von kriminellem Verhalten abzuschrecken, müssen Entscheidungsträger der Unternehmen, darunter Investoren, Importeure, Aktionäre und Einzelhändler, das Umfeld kennen, aus dem sie ihre Lieferungen beziehen. Der Wille und die Fähigkeit lokaler und nationaler Behörden, Gesetze gegen Arbeitssklaverei durchzusetzen, ist dabei ein entscheidendes Element dieses Umfeldes.

Um unserem Problem der Arbeitsausbeutung heute effektiv entgegenzutreten, ist es elementar, dass alle beteiligten Akteure ihren jeweiligen Teil beitragen: Lokale und internationale Medien müssen Fälle von Ausbeutung ans Licht bringen; NGOs müssen Industrien überprüfen, Daten erheben und Opfer identifizieren; Unternehmen müssen ihre Lieferketten überprüfen, Informationen veröffentlichen und Beschaffungswege verbessern; Regierungen müssen ihrer souveränen Verantwortung nachkommen, Menschen zu schützen und Täter strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Jeder dieser Akteure hat einen entscheidenden Beitrag zu leisten und darf in der Diskussion nicht fehlen.

Mit der Aufnahme von Zielen zur Bekämpfung der Sklaverei in die Nachhaltige Entwicklungsagenda 2030 der Vereinten Nationen bietet sich eine historische Gelegenheit, das Problem Arbeitssklaverei und Menschenhandel direkt auf die Agenda der nationalen Regierungen zu bringen. Einige der nationalen Spitzenpolitiker und Führungskräfte nehmen diese sehr ernst. In Indien beispielsweise gab der Arbeitsminister eine 15-Jahres-Strategie heraus, um „schätzungsweise 1,8 Millionen Betroffene von Schuldknechtschaft zu identifizieren, zu befreien und zu rehabilitieren, die Strafverfolgung zu stärken und eine hundertprozentige Verurteilungsrate zur Verhinderung neuer Schuldknechtschaft zu erreichen.“³

Nachhaltiges Entwicklungsziel 8.7: Sofortige und wirksame Maßnahmen ergreifen, um Zwangsarbeit abzuschaffen, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu beenden und das Verbot und die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, einschließlich der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten, sicherstellen und bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen. — Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.⁴

Die Regierungen der von Sklaverei besonders stark betroffenen Länder benötigen Hilfe. Bei der Entscheidung über Investitionen sollten Unternehmen und internationale Geber immer den Aspekt einer funktionierenden Strafverfolgung einbeziehen. Zum Beispiel über die Förderung von spezialisierten Polizeieinheiten zur Bekämpfung des Menschenhandels, Sonderstaatsanwälten und Rechtshilfen für misshandelte Arbeitnehmer. Entwicklungsagenturen sollten Regierungen darin unterstützen, Daten zu Sklaverei besser zu sammeln und zu analysieren.

Arbeitnehmer, einschließlich Migranten, sollten Zugang zu einem sicheren, anonymen Meldesystem haben, um Fälle von Ausbeutung und Missbrauch anzuzeigen. Unternehmen, Investoren und Aktionäre sollten sich auch über ihre politische Lobbyarbeit dem Thema zuwenden und in ihren Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern der Notwendigkeit Nachdruck verleihen, dass Behörden diese Praktiken als gewaltsame Verbrechen konsequent strafrechtlich verfolgen.

Die Natur von Arbeits-sklaverei innerhalb vieler Branchen wird auch trotz größter Gewissenhaftigkeit ein reales Risiko für Unternehmen innerhalb ihrer Produktionskette darstellen, solange die Regierungen der Produktionsländer ihre Verantwortung für das Problem nicht wahrnehmen.

¹ — Baker & McKenzie: Managing Corporate Supply Chains: Challenges and Successes in the Fight to Combat Forced Labour and Human Trafficking. P. 4 http://www.bakermckenzie.com/-/media/files/newsroom/2016/04/brochure_csb37264_amliller_gsc_1118_v2.pdf?la=en

² — UN Guiding Principles on Business and Human Rights, https://www.ohchr.org/documents/publications/GuidingprinciplesBusinesshr_eN.pdf. Deutsche Version zitiert aus: Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, http://www.skmr.ch/cms/upload/pdf/140522_leitprinzipien_wirtschaft_und_menschenrechte.pdf.

³ — <https://timesofindia.indiatimes.com/city/delhi/Govt-looks-to-rehabilitate-1-84-cr-bonded-labourers-till-2030/article-show/53302398.cms>

⁴ — <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld>. Deutsche Version zitiert aus und abrufbar unter: <http://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>

STOPP SKLAVEREI!

International Justice Mission
Deutschland e. V.
Christburger Str. 13
10405 Berlin
Telefon: 030 246 369 00
E-Mail: info@ijm-deutschland.de
www.ijm-deutschland.de

SPENDENKONTO
IBAN: DE69 1009 0000 2555 1110 05
BIC: BEVODEBB
Volksbank Berlin

